Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.
Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 103 | Donnerstag, den 14. April 1932 | Jahrgang 1932

Tagesfragen.

Die neue Notverordnung.

Was wir über die Auflösung der militärischen oder militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Partei denken, haben wir gestern zum Ausdruck gebracht. Wir führten dabei auch Gründe gegen das SA-Verbot an, Bedenken, die die Notverordnung und ihre exakte Durchführung nicht beseitigt haben. Aber unsere Meinung war bekanntlich nicht, daß man die Dinge so weiter treiben lasse wie bisher. Dabei wäre der Staat vor die Hunde gezangen. Nur wer das ganze Material kennt, das gegen die Garde Hitlers aus den Haussuchungen und Beschlagnahmen zusammengekommen ist, kann sich im übrigen ein Urteil über die Notwendigkeit der Auflösung erlauben, nur der kann darüber urteilen, ob nicht doch ein anderes Vorgehen noch möglich oder empfehlenswerter gewesen wäre. Da aber der Reichskanzler, der doch wahrlich ein besonders gewissenhafter Mann ist, und das gesamte Reichskabinett, in dem doch auch rechtsgerichtete Männer sind (Schiele, Treviranus, Schlange-Schöningen), und schließlich auch der Reichspräsident das scharfe Durchgreifen für erforderlich gehalten haben, muß man zum mindesten annehmen, daß außerordentlich Belastendes gegen die SA usw. vorliegt und daß tatsächlich die Sicherung der Staatsautorität keinen andern Erfolg versprechenden Weg übrig ließ. Auch die gestrigen Funde in Darmstadt lassen deutlich erkennen, daß der SA Aufgaben militärischer oder wenigstens polizeilicher Art gestellt waren. Klug und sozial ist die ausdrückliche Bestimmung, daß die Notverordnung ohne Härten durchgeführt werden soll und daß es den Gemeinden zur Pflicht gemacht wird, die Unterkunft und Verpflegung der jetzt plötzlich wieder beschäftigungslos gewordenen „rauhen Kämpfer" sicherzustellen. Hoffentlich hat das SA-Verbot zur Folge, daß endlich der blutige Terror, dem schon Hunderte Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleute zum Opfer gefallen sind, ein Ende nimmt. In dieser Hinsicht dürfte sogar Hugenberg der Notverordnung zustimmen, denn in einem soeben erlassenen Wahlaufruf fordert er in Uebereinstimmung mit allen verständigen und besonnenen Deutschen: Beseitigung des Straßenterrors und der öffentlichen Unsicherheit durch eine wirkliche Staatsautorität. Dieser Forderung trägt die neueste Notverordnung des Reichspräsidenten ohne Frage Rechnung.

★

Hugenbergs Flucht in die Oeffentlichkeit.

Die Rede, die der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Geheimrat Hugenberg, am Montag in Hannover gehalten hat und die jetzt im Wortlaut bekannt geworden ist, hat für die Beurteilung der nationalsozialistischen Politik, für den Zusammenbruch der Harzburger Front, für die Aussichten ihrer Wiedererrichtung und die künftige parlamentarische Lage in Preußen erhebliche Bedeutung. Hugenberg enthüllte in der Rede den großen Plan zur Eroberung der Macht, den er im Januar 1931 entworfen hatte, und beschuldigte die Nationalsozialisten, daß sie diesen Plan zum Scheitern gebracht hätten. An diese Auseinandersetzung knüpfte er eine Kampfansage für den Fall, daß die Nationalsozialisten nach wie vor die alleinige Macht beanspruchten.

„Ziel der Harzburger Tagung war," wie Hugenberg ausführte, „die gemeinsame Abwehr einer schlechten, die Opposition gewaltsam unterdrückenden Regierungspolitik, parlamentarischer Sturz der Regierung und gemeinsame Bildung eines nationalen Kabinetts. Mit diesem Hintergrunde sollte Harzburg die Einigkeit und Geschlossenheit eines weiten Kreises nationaler Parteien und Verbände wirksam betonen. Statt dessen stand die Tagung unter einem Motto, das ganz zu Anfang in der nationalsozialistischen Fraktionssitzung durch Herrn Dr. Frick öffentlich ausgegeben wurde. Er sprach von einem „unangenehmen Mischmasch" (oder ähnlich), mit dem man später nach dem Muster Mussolinis schon fertig werden würde. Aber viel schlimmer war es, daß die Hauptsache, die politische Ausmünzung von Harzburg, völlig unterblieb. Sie konnte nur gemeinsam erfolgen. Die von mir sogleich herbeigeführte Verabredung einer sofortigen Zusammenkunft in Berlin konnte nicht ausgeführt werden. Ich habe mich vier Tage hindurch um diese Zusammenkunft vergeblich bemüht. Zweimal war sie verabredet, zweimal ist sie von nationalsozialistischer Seite wieder abgesagt. Ich habe in den wichtigsten Tagen die notwendige Fühlung nicht herstellen können. Der Nationalsozialismus strafte die Einigkeit Lügen. Von nationalsozialistischer Seite wurde mit den Mittelparteien auf mir unbekannten neuen Grundlagen verhandelt, die mir dann von dritter Seite mitgeteilt wurden." Hugenberg erwähnt hier eine Aeußerung des wirtschaftsparteilichen Abgeordneten Dr. Bredt in der Reichstagssitzung vom 24. Februar 1932, in der dieser sagte, die Rechtsparteien seien nach der Harzburger Tagung an die Wirtschaftspartei herangetreten mit dem Vorschlag, mit ihnen eine neue Regierung zu bilden, wobei sie den früheren Reichswehrminister Geßler, den man nur als Demokraten in angenehmer Erinnerung habe, als Reichskanzler, Brüning als Außenminister in Aussicht genommen hätten. Diese Behauptungen hat Hugenberg, soweit die Deutschnationalen gemeint sein sollen, bereits von Anfang bis zu Ende als unzutreffend bezeichnet. Die Nationalsozialisten aber haben dazu bisher nicht öffentlich Stellung genommen. „Ich weiß aber," fuhr Hugenberg fort, „daß sie zum mindesten den Reichskanzler Geßler damals nicht abgelehnt haben. Es ist für mich nicht verständlich gewesen, warum ich — der Harzburger Bundesgenosse — über die Erörterung solcher Möglichkeiten und insbesondere darüber nicht unterrichtet war, daß für die Nationalsozialisten der Inhalt unserer mehrfachen Vorbesprechungen nicht mehr interessierte. Loyalität ist eine Eigenschaft, die sehr schätzenswert, aber im politischen Leben nicht ohne weiteres selbstverständlich ist. Der Grundgedanke von Harzburg war in der Woche nach Harzburg bei der praktischen Arbeit verlassen. Die zweite Gelegenheit bot sich im Anschluß an den Versuch Brünings, die parlamentarische Wiederwahl des Reichspräsidenten durchzusetzen. Wir schienen anfangs über Weg und Ziel einig zu sein. Die Verhinderung der parlamentarischen Wiederwahl war zwecklos, wenn man über dieses Ziel und diesen Weg nicht ebenso einig war, wie man es entgegen anders lautenden Berichten von vornherein über den ersten Schritt war, über die Verhinderung selbst. Man konnte und kann bei der heutigen Gesamtlage nicht erwarten, daß der Generalfeldmarschall von Hindenburg alle eigentlichen Machtpositionen in die Hände einer Partei legt, insbesondere also auch die mühsam aufgebaute und aufrechterhaltene Reichswehr. Wenn die Nationalsozialisten alle Machtpositionen in ihrer Hand, in der Hand ihrer Partei oder Bewegung vereinigen wollen — eine Sache, die es bisher unter keinem Kaiser und König in germanischen Landen gegeben hat — ich sage absichtlich nicht deutschen sondern germanischen Landen, so sage ich ihnen vorher, daß sie um dieses Ziel das Blut ihrer Besten vergeblich verspritzen werden und daß sie insbesondere mit „Legalität" nie zu diesem Ziele kommen werden. Was sich dagegen zusammenballt, wird immer stärker sein als die Nationalsozialisten. Mit dem Satze „Alles oder nichts" ist schwer Politik zu machen. Es ist eine krasse Lüge, wenn jetzt in nationalsozialistischen Kreisen verbreitet wird, ich hätte in den vor mir geführten Verhandlungen den Nationalsozialisten meinerseits die Reichskanzlerstellung streitig machen wollen. Ich habe vielmehr wiederholt betont, daß ich mir bei der gegenwärtigen Sachlage ohne dies Zugeständnis keine Möglichkeit einer vernünftigen Verständigung vorstellen könne. Während der Verhandlungen über die parlamentarische Verlängerung schienen die Nationalsozialisten grundsätzlich den angedeuteten Weg gehen zu wollen. Erst am Ende dieser Verhandlungen in der Nacht vom 11. zum 12. Januar brachte Herr Abgeordneter Göring zum erstenmal eine gegenteilige Absicht zum Ausdruck. Später war plötzlich in dieser Richtung die Welt mit Brettern zugenagelt. Nach und nach schälte sich immer deutlicher der Plan der Kandidatur Hitler heraus. Alle sonst genannten Kandidaten — also jede Einheitskandidatur der nationalen Front — wurden abgelehnt. Man verliebte sich auf nationalsozialistischer Seite immer mehr in ein Gleichnis, nach dem nunmehr zahlenmäßig die Nationalsozialisten Preußen und die Deutschnationalen Anhalt seien. Demgemäß müsse Anhalt sich Preußen fügen.

Nach dieser Enthüllung des Scheiterns aller seiner Pläne und seiner Machtlosigkeit gegenüber den Nationalsozialisten schloß Hugenberg eigenartigerweise mit der Aufforderung an seine Zuhörer, den Nationalsozialisten und Deutschnationalen die Mehrheit in Preußen zu verschaffen. Logischer wäre allerdings wohl eine Abkehr von Hitler gewesen statt dieses neuen Bündnisangebotes. Hitler hat denn hierauf auch schon, ohne allerdings davon Kenntnis zu haben, die Antwort gegeben, und zwar in einem Interview mit einem Vertreter der Londoner „Times", in dem er erklärte, die Bemühungen zur Bildung einer vereinigten deutschnational-nationalsozialistischen Front seien überflüssig, da er sagen könne, daß die Nationalsozialisten jetzt annähernd die gesamte nationale Opposition darstellten. Der Preußische Landtag hat am Dienstag bekanntlich beschlossen, daß der Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit zu wählen ist. Die Deutschnationalen und die andern Parteien der Rechten haben gegen den betreffenden Antrag der Regierungsparteien gestimmt. Ob sie nicht jetzt schon sehr froh über den Beschluß sind, der doch tatsächlich verhüten wird, daß die Nationalsozialisten, wenn sie als stärkste Partei, aber immerhin als Minderheit in den Landtag einziehen sollten, dort die übrigen Parteien, die zu einer Mehrheitsbildung notwendig sind, einfach vergewaltigen? Nach den bisherigen Bestimmungen wäre im zweiten Wahlgang der Kandidat zum Ministerpräsidenten gewählt worden, der die relativ meisten Stimmen bekam. Jetzt muß sich zuvor eine positive Arbeitsmehrheit bilden. Die Nationalsozialisten werden also in Preußen auch mit Hugenberg nicht mehr so umspringen können, wie sie wollen. Allerdings wird die Hilfe seiner Partei aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausreichen, das neue „System" an die Stelle des jetzigen zu stellen. Nach den Erfahrungen Hugenbergs scheint uns, vom Standpunkt der Rechten neben den Nationalsozialisten aus gesehen, durchaus richtig die Mahnung der „Kölnischen Zeitung" an das „nationale Bürgertum" zu sein, daß es bei der Preußenwahl nicht darauf ankomme, die Nationalsozialisten zu stärken, sondern die Parteien der gemäßigten Rechten. Für uns und unsere Freunde aber ergibt sich aus diesen Betrachtungen von neuem der Hinweis, wie notwendig zur Ausbalancierung der politischen Kräfte ein starkes Zentrum im neuen Landtag sein wird.

Verbot der SA und SS durch Notverordnung.

Durchführung der Auflösung ohne Härte. / Die Nationalsozialistische Partei nicht verboten.

Maßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität.

× Berlin, 13. April.

Der Reichspräsident hat gegen abend eine Notverordnung unterzeichnet, durch die die SA., die SS. und die anderen militärähnlichen Abteilungen der NSDAP. allgemein für das ganze Reich verboten werden. Die Länder Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen verlangten entschieden Maßnahmen des Reiches gegen diese Organisationen. Ihrem Verlangen ist von der Reichsregierung und vom Reichspräsideneten entsprochen worden. Die Konferenz der Ländervertreter, die heute nachmittag getagt hat, ist von der Reichsregierung informiert worden und hat sich vor allem mit den Ausführungsbestimmungen beschäftigt. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung dem Reichspräsidenten das Verbot einstimmig empfohlen.

Verbot und Auflösung der SA., SS. usw. werden von der Reichsregierung wie folgt begründet:

Die Auflösung dieser Organisationen ist gemäß den Grundgesetzen des staatlichen Lebens notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Staatsautorität vor weiteren schweren Beeinträchtigungen zu bewahren.

Die genannten Organisationen sind, wie bekannt, in allen äußeren Dingen bis in Kleinigkeiten den militärischen Formationen nachgebildet. Sie stellen ein Privatheer dar, ein Parteiheer, wenn auch z. T. unbewaffnet.

Hunderttausende sind bei unbedingter Befehlsgebundenheit z. T. mit kasernenmäßiger Unterbringung in Aktionsgruppen gegliedert, die wie militärische oder polizeiliche Mannschaften auftreten können und aufgetreten sind. Auch ohne schwere Waffen können solche Gruppen jederzeit Gewalthandlungen durchführen und Teile der Bevölkerung unter den Druck eines Zwanges stellen.

Schon das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation, die einen Staat im Staate bildet, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft, die im Schutze der Gesetze ihrer Beschäftigung nachgeht. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Sobald eine solche Macht von privater Seite organisiert wird und der Staat dies duldet, besteht bereits Gefahr für Ruhe und Ordnung. Die ruhigen Bevölkerungskreise können eine solche naturgemäß einseitig und parteimäßig aufgestellte Organisation nicht ertragen. Die Entwickelung führt folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Bei einer solchen Entwicklung würde der Staat die Achtung, die er für seine verfassungsmäßigen Einrichtungen, insbesondere für Militär und Polizei, fordern muß, verlieren.

Nun sind von den Führern der aufgelösten Organisationen Legalitätserklärungen abgegeben worden. Selbst wenn solche Erklärungen völlig ernst gemeint sind und hinter ihnen der Wille steht, an der Gesetzmäßigkeit festzuhalten, so ist doch unzweifelhaft, daß in einem Rechtsstaat die Gewalt lediglich bei den verfassungsmäßigen Organen des Staates selbst organisiert sein darf. Jede private Gewaltorganisation kann deshalb ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein.

Es besteht auch die Gefahr, daß eine solche, nach allen ihren Einrichtungen und Vorschriften auf den Kampf im Innern eingestellte Organisation eines Tages die Partei selbst in die Illegalität hineinreißen würde. Die Führer dieses Privatheeres müssen, gerade in dem Bestreben, militärisch zu arbeiten und hierbei Besonderes zu leisten, die Partei notwendigerweise mit der Staatsführung und den Machtmitteln des Staates in Konflikt bringen.

Davon abgesehen waren bei den aufgelösten Organisationen zahlreiche schwerwiegende Ordnungswidrigkeiten und Uebergriffe festzustellen. Diese haben größte Beunruhigung in weiteste Volkskreise getragen. Polizeiliche und gerichtliche Stellen sind mit der Prüfung von umfangreichem Material befaßt. Der Ausgang dieser Verfahren braucht aber nicht abgewartet zu werden, da die Auflösung der Organisationen aus staatspolitischen Gründen erfolgt und von dem Ergebnis der Untersuchung, ob und in welchem Umfange strafbare Handlungen Einzelner begangen worden sind, völlig unabhängig ist.

Die Maßnahme der Auflösung dient der Staatserhaltung selbst. Sie entspringt einer streng überparteilichen, nach allen Seiten gleiches Maß anwendenden Einstellung der Reichsführung. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst.

Keine Reichsregierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.

Auch der „Rote Frontkämpferbund" ist im Jahre 1929 der Auflösung verfallen, weil er eine Gefahr für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geworden war. Wenn der Staat seine oberste Autorität als Hüter des Gesetzes, als Schützer friedlicher Staatsbürger vernachlässigt, so ist er in Gefahr, der Anarchie zu verfallen. Dieser ernste Gesichtspunkt verdient in der gegenwärtigen Notzeit höchste Beachtung. Wir müssen in den kommenden Monaten gegen die Wirtschaftsnot mit tatkräftigen Mitteln angehen; wir müssen in schicksalhaften außenpolitischen Verhandlungen um Lebensrecht und Freiheit kämpfen. Die erste Bedingung für das Gelingen der Rettungsaktion ist das Vertrauen des deutschen Volkes in die Festigkeit seiner staatlichen Verhältnisse.

Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutsch-

Die Vulkantätigkeit in den Anden.

— Buenos Aires, 13. April.

Der Aschenregen über der Stadt hat aufgehört, jedoch herrscht dichter Nebel. In Mendoza ist die Temperatur ungewöhnlich niedrig. Aus Malargue verlautet, daß die Luft stark mit Schwefeldämpfen erfüllt ist. Rötliche Wolken bedecken den Himmel. Professor Marrero in Buenos Aires sagte, die Asche, die seit 36 Stunden zu Boden falle, setze sich hauptsächlich aus unlöslichen Kalikieselsalzen zusammen, die für die Vegetation zwar unschädlich seien, die aber die Schleimhäute reizten. Wenn der Aschenregen andauere und die Asche auf die Weiden zu liegen komme, dann würde das Vieh kein Frischfutter mehr zu sich nehmen.

Die argentinischen Fliegerabteilungen, die zur Erkundigung in die Kordilleren entsandt worden waren, konnten wegen des heftigen Sturmes ihre Aufgabe nicht lösen, haben aber festgestellt, daß sich tatsächlich eine große Anzahl erloschener und halb erloschener Vulkane in voller Tätigkeit befindet. Diese scheinen aber meist auf unbewohntem Gebiet zu liegen.



Unsere Uebersichtskarte zeigt die Lage der hauptsächlich betroffenen Orte und der beiden Vulkane Tinguiririca und Descabezado.

Wieder normaler Zugverkehr.

:: Paris, 13. April. Wie die Agentur Havas aus Buenos Aires meldet, ist nach Aufhören des Aschenregens in Argentinien der Zugverkehr wieder in der normalen Weise aufgenommen worden. Die Hilfsexpeditionen, die die Regierung in die besonders bedrohten Gebiete entsenden wollte, sind nunmehr überflüssig geworden. Wissenschaftliche Untersuchungen sollen ergeben haben, daß die niedergegangene Asche zur Herstellung von Zement und verschiedene industrielle Zwecke verwendbar sei.

Lebensmittelmangel.

:: Rio de Janeiro, 13. April. In einigen nordöstlichen Staaten macht sich infolge der andauernden Trockenheit Mangel an Lebensmitteln bemerkbar und stellenweise fehlt Trinkwasser. Die Regierung trifft Maßnahmen, um die Bevölkerung mit Wasser und Lebensmitteln zu versorgen.

land der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrecht erhält.

Die Reichsregierung weiß sich in der Auffassung der Lage mit der großen Mehrzahl der Länderregierungen einig. Sie ist

fest entschlossen, auch in Zukunft gegen jeden Versuch, einen Staat im Staate zu bilden, ohne Ansehen der Person und der Partei mit allen Machtmitteln des Staates rücksichtslos einzuschreiten.

Die Auflösung der militärähnlichen Organisationen der NSDAP. soll nach den Anweisungen des Reichsministers des Innern ohne Härte durchgeführt werden. Die NSDAP. selbst wird durch die Verordnung nicht berührt. Ihr steht im Rahmen der Gesetze die gleiche Betätigungsfreiheit zu, wie allen anderen Parteien.

Ueber allen Parteien aber steht das deutsche Vaterland. Seinem Wohl zu dienen, ist der oberste Grundsatz des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung.

*

Der Wortlaut der Notverordnung.

:: **Berlin, 13. April.**

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. II der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

§ 1.

Sämtliche militärähnlichen Organisationen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, insbesondere die Sturmabteilungen (SA.), die Schutzstaffeln (SS.) mit allen dazugehörigen Stäben und sonstigen Einrichtungen, einschließlich der SA.-Beobachter, der Motorstürme, Marinestürme, Reiterstürme, des Fliegerkorps, Kraftfahrkorps, Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA.-Kasernen und der Zeugmeistereien werden mit sofortiger Wirkung aufgelöst.

§ 2.

1. Die z. Zt. der Auflösung im Besitz der aufgelösten Organisationen oder eines ihrer Mitglieder befindlichen Gegenstände, die dem militärähnlichen Zweck der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt gewesen sind, können polizeilich sichergestellt werden. Auf Verlangen des Reichsministers des Innern muß dies geschehen.

2. Gegen die polizeiliche Anordnung ist Beschwerde im Dienstaufsichtswege zulässig. Eine auf Verlangen des Reichsministers des Inneren angeordnete Sicherstellung kann nur mit seiner Zustimmung abgeändert werden.

3. Schadenersatzansprüche wegen Verlustes oder Beschädigung sichergestellter Gegenstände sind ausgeschlossen, sofern nicht der Schaden durch vorsätzliches Handeln verursacht ist.

§ 3.

1. Wer sich an einer Organisation, die auf Grund dieser Verordnung aufgelöst worden ist, als Mitglied beteiligt, oder sie auf andere Weise unterstützt oder den durch die Organisation geschaffenen organisatorischen Zusammenhalt weiter aufrechterhält wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft.

2. Neben der Gefängnisstrafe kann auf Geldstrafe erkannt werden.

3. Gegenstände, die nach der Auflösung der Organisation für die Zwecke der aufgelösten Organisation oder der Ersatzorganisation gebraucht oder bestimmt sind, können eingezogen oder unbrauchbar gemacht werden, auch wenn sie weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören.

4. Kann keine bestimmte Person verfolgt oder verurteilt werden, so kann auch auf Einziehung oder Unbrauchbarmachung selbständig erkannt werden.

§ 4.

1. Diese Verordnung tritt, mit Ausnahme des § 3 mit ihrer Verkündung in Kraft; § 3 tritt mit dem zweiten Tage nach der Verkündung in Kraft.

2. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften erläßt der Reichsminister des Innern.

Berlin, den 13. April 1932

Der Reichspräsident gez. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler gez. Dr. Brüning.

Der Reichsminister des Innern mit Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt gez. Groener, Reichswehrminister.

Der Reichsminister der Justiz: Dr. Joel.

Die Durchführungsverordnung.

= **Berlin, 13. April.**

Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Staatsautorität vom 13. April 1932 hat der Reichsinnenminister folgende Durchführungsverordnung erlassen:

§ 1

Soweit bei der Durchführung der Auflösung der in § 1 der Verordnung bezeichneten Organisationen SA-Heime oder ähnliche Einrichtungen aufgelöst werden, in denen Mitglieder der aufgelösten Organisationen wohnen, ist dafür Sorge zu tragen, daß diese Personen nicht der Obdachlosigkeit verfallen. Die Polizeibehörde hat ihnen zu diesem Zweck entweder eine angemessene Räumungspflicht zu setzen, die ihnen die Erlangung einer anderen Unterkunft gestattet, oder im Benehmen mit den Behörden der öffentlichen Fürsorge dafür Sorge zu tragen, daß sie andere Unterkunftsmöglichkeit erlangen und für eine angemessene Uebergangszeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

§ 2.

Der polizeilichen Sicherstellung gemäß § 2 der Verordnung unterliegen insbesondere sämtliche zum Dienstanzug der SA gehörenden Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, einschließlich der Abzeichen, wie sie im Einzelnen auf Seite 105 der Dienstvorschrift für die SA. aufgeführt sind. Der Sicherstellung unterliegen ferner die Fahnen und Standarten sowie alle sonstigen Gegenstände, die den militärähnlichen Zwecken der Organisation gedient haben oder zu dienen bestimmt waren, wie z. B Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, sonstige Mittel zur Bewerkstelligung des Nachrichten- und Relaisdienstes, Sanitätsmaterial, Instrumente der Spielmanns- und Musikzüge, Zelte, Feldküchen.

*

Die Schließung der SA.-Büros und Heime.

Von unserer Berliner Redaktion.

● **Berlin, 13. April. (Drahtb.)**

Das Verbot der nationalsozialistischen S. A. und S. S.-Formationen ist seit Mittwoch nachmittag 5 Uhr in Kraft getreten. Die Verordnung war bereits, wie man jetzt von unterrichteter Seite hört, am Montag fertiggestellt. Die Verzögerung ihres Erlasses ist auf Widerstände zurückzuführen, die sich an mehreren Stellen bemerkbar machten. Die Regierungen der meisten deutschen Länder waren sich, nachdem sie das bei den nationalsozialistischen Stellen beschlagnahmte Material geprüft hatten, darüber im klaren, daß mit der S. A. und S. S. unbedingt Schluß gemacht werden müsse. Im Reich jedoch und besonders bei einer sehr autoritativen Reichsstelle gab es Hemmungen, deren Ueberwindung nicht ganz einfach war. Am Mittwoch konnten jedoch durch die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder alle vorhandenen Widerstände beseitigt werden. Das vorliegende Material übte seine Durchschlagskraft wirkungsvoll aus. Die Verordnung des Reichspräsidenten ist endgültig. Sie kann nicht angefochten werden.

Die Durchführung der Verbotsbestimmungen setzte am Mittwoch abend im ganzen Reich schlagartig ein. Die zuständigen Ministerien der Länder waren unterrichtet und konnten die Polizei sofort gegen die S. A. und S. S.-Formationen vorgehen lassen. In Berlin sind heute nachmittag um 5 Uhr von der politischen Polizei zahlreiche wichtige Geschäftsstellen der N. S. D. A. P., darunter auch Heime und Wohnungen von bekannten Führern der Organisation durchsucht und die Heime geschlossen und versiegelt worden. Das gesamte vorgefundene schriftliche und gedruckte Material ist beschlagnahmt worden. Die Aktion, die, wie verlautet, ohne Zwischenfälle verlaufen ist, war gegen 10 Uhr abends beendet. An ihr waren 25 Schupokraftwagen, neun Lastkraftwagen, 150 Kriminalbeamte, 10 Kriminalkommissare und 120 uniformierte Schutzpolizeibeamte beteiligt. Wie durchorganisiert die Organisation der S. A. und S. S. war, ergibt sich daraus, daß in Berlin neben der Gruppe Ost noch die Büros der Untergruppen Berlin und Brandenburg untergebracht waren. Diese Gruppenbefehlsstelle entsprach ungefähr der Befehlsstelle einer Armee. Die Untergruppen waren den Befehlsstellen von Armeekorps zu vergleichen. Die Banner waren den Regimentsstäben, die Standarten den Bataillonsstäben und die Stürme den Kompagniestäben gleichzusetzen. In Berlin erstreckte sich am Mittwoch die Durchsuchung und Schließung zunächst bis hinunter zu den Standarten. Die Stürme kommen am Donnerstag und am Freitag an die Reihe. Im ganzen handelt es sich hier um etwa 200 Stellen der S. A.- und S. S.-Formationen, die unter das Verbot fallen. Die S. A.-Leute waren in 2" Heimen untergebracht.

Das Verbot ist für das ganze Reich ganz allgemein aufzufassen. Gewisse Bedenken bestehen bei Braunschweig. In Berliner Regierungskreisen glaubt man jedoch nicht daran, daß die braunschweigische Regierung ernsthaft den Versuch unternehmen wird, das Verbot zu sabotieren. Denn, falls sich die braunschweigische Regierung eine Pflichtvernachlässigung zuschulden kommen ließe, würde die Reichsregierung nicht davor zurückschrecken, ihren Anordnungen durch einen Reichskommissar Geltung zu verschaffen.

Das Verbot der S. S.- und S. A.-Formationen wird voraussichtlich die nationalsozialistischen Führer bestimmen, neue Organisationen, die weiter nichts wären, als eine Tarnung der verbotenen Wehrverbände, aufzuziehen. In erster Linie kommen Sportorganisationen in Frage. Solche Sportverbände werden jedoch als Fortsetzung der S. A. und S. S. angesehen und ebenfalls verboten. Ebenso fällt unter die Notverordnung auch die Hitlerjugend, obwohl sie nicht namentlich erwähnt ist. Nicht zu vermeiden wird es sein, daß sich die S. A.- und S. S.-Leute in irgendwelchen Gruppen wieder treffen, d. h. beseitigt werden können die S. A.-Leute nicht. Die Notverordnung erfüllt aber trotzdem ihren Zweck, denn sie macht das illegale Wirken und die unverantwortliche Terroraktе der geschlossenen S. A.- und S. S.-Formationen unmöglich. Das Geschrei der Nationalsozialisten über Vergewaltigung wird ohne Wirkung bleiben. Es kann im übrigen betont werden, daß gerade durch das ausgesprochene Verbot der S. A. und S. S die Gleichberechtigung aller Parteien hergestellt worden ist, denn keine Partei hat nunmehr dadurch, daß sie über eine private militärische Organisation verfügt, einen Vorzug vor anderen Parteien, die lediglich auf ihre Wähler angewiesen sind.

*

Beschlagnahme umfangreicher Ausrüstungsgegenstände in Darmstadt.

◎ **Darmstadt, 13. April.**

Bei der Polizeiaktion anläßlich des Verbots der SA. und SS. wurden, wie wir von amtlicher Stelle hören, die SA.-Unterkunft im Braunen Haus, ein weiteres SA.-Heim und das Heim der Hitler-Jugend geschlossen. In Darmstadt und Umgegend wurden beschlagnahmt 1 Flugzeug, mehrere Autos und Motorräder, eine Menge vollgepackter Tornister mit eisernen Rationen, Feld- und Telefongeräte, Verbandspäckchen und Sanitätsmaterial, Militärmäntel mit Achselstücken des Artillerieregiments 61 und größere Mengen militärischer Ausrüstungsstücke. Sichergestellt wurden zahlreiche Handfeuerwaffen, sowie Hieb- und Stichwaffen aller Art, Schriftstücke und Urkunden von beachtlichem Inhalt wurden beschlagnahmt. Zur Zeit finden noch Haussuchungen in Privatwohnungen von SS.- und SA.-Leuten statt.

In den Abendstunden des Mittwoch kam es, als das Verbot der SA. und der SS. bekannt geworden war, an mehreren Stellen der Stadt zu Zusammenrottungen, die vereinzelt bedrohlichen Charakter annahmen. Das Ueberfallkommando ist in erhöhter Alarmbereitschaft und durchfährt in Wagen die Stadt. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. An einzelnen Stellen mußte von dem Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden, um die Zusammenrottungen auseinander zu treiben.

*

Wie aus Stettin, Dresden, Hannover, Osnabrück, Breslau, Frankfurt a. M., Mainz, Nürnberg, Stuttgart, Karlsruhe und anderen Städten gemeldet wird, sind in diesen Städten in Durchführung der heutigen Verordnung des Reichspräsidenten die SA.-Heime von der Polizei durchsucht und geschlossen worden. In Stettin wurde in der Zeugmeisterei der SA. einige Uniformstücke beschlagnahmt. Ebenso wurden in Dresden die Vorräte der Zeugmeisterei sichergestellt. In Osnabrück wurden in dem Verkaufsraum der großdeutschen Buchhandlung der NSDAP. Abzeichen, Ausrüstungsgegenstände usw. beschlagnahmt. Die Schließung und Durchsuchung der SA.-Heime verlief überall reibungslos.

Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und übrigen Westfalen, so auch in Dortmund ist die Auflösung der SA.- und SS.-Formationen und die Schließung der SA.-Heime ohne Störung vor sich gegangen.

Aus Chemnitz verlautet, daß die Nationalsozialisten dort am Mittwochabend noch mit Musik durch die Straßen zogen.

In Stadt und Land Braunschweig wurde das Verbot der SA. und SS. am Mittwoch noch nicht durchgeführt. In der SA.-Schule in Kreiensen war der Erlaß des Verbots bis zum Abend noch nicht bekannt. Der aus Anlaß der Konferenz der Innenminister in Berlin weilende braunschweigische Innenminister Klages hat der „Braunschweigischen Landeszeitung eine Erklärung zur Auflösung der nationalsozialistischen Formationen übergeben, in der er gegen die Notverordnung schwersten Protest erhebt. Daß er das Verbot nicht durchführen werde, sagt er nicht.

*

Polizeiliche Besetzung des Braunen Hauses in München.

◆ **München, 13. April.**

Das hiesige Braune Haus ist heute nachmittag von der Landespolizei besetzt worden. Die Zugangsstraßen zum Braunen Haus sind abgesperrt.

*

Gaubüro in Hamburg unter Tränengas gesetzt.

○ **Hamburg, 13. April.**

Im Zusammenhang mit der Auflösung der SA-Heime ereignete sich nach privaten Mitteilungen heute nachmittag ein Zwischenfall bei der Durchsuchung des Gaubüros der NSDAP. Das Haus war vor dem Eintreffen der Polizei unter Tränengas gesetzt worden. Den Beamten war es deshalb nicht möglich, in die vergasten Räume zu gelangen. Man mußte dem Gas erst durch Einschlagen der Fenster einen Abzug verschaffen. Fünf Parteiangehörige, darunter das Bürgerschaftsmitglied von Allwoerden, wurden von der Polizei nach dem Stadthaus gebracht.

19 Landeswahlvorschläge in Preußen.

:: **Berlin, 13. April.**

Unter dem Vorsitz des Landeswahlleiters Dr. Saenger tagte am Mittwoch der Preußische Landeswahlausschuß zur Feststellung der Landeswahlvorschläge für die preußische Landtagswahl. Insgesamt waren 20 Landeswahlvorschläge eingegangen, von denen nur einer zurückgewiesen wurde, weil er den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprach, nämlich der Vorschlag einer Deutschen Steuerzahlerschutzpartei. 19 Landeswahlvorschläge wurden amtlich zugelassen und zwar in folgender Reihenfolge:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
Deutschnationale Volkspartei,
Preußische Zentrumspartei,
Kommunistische Partei Deutschlands,
Nationale Front Deutscher Stände (Wirtschaftspartei, Landvolk und Junge Rechte),
Deutsche Staatspartei,
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei,
Deutsch-Hannoversche Partei,
Christlich-Sozialer Volksdienst,
Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands,
Ein Wahlvorschlag mit der Bezeichnung „Höchstgehalt der Beamten 5000 Mark, für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten",
Weiter ein Wahlvorschlag: Radikale Partei (Bewegung für gesetzliche Geburtenregelung und Wohlstand) früher Radikale Deutsche Staatspartei,
Nationale Minderheiten in Deutschland,
Partei der Erwerbslosen „für Arbeit und Brot",
Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft (Idealistische Bewegung Deutschlands),
Deutsche Volksgemeinschaft (Völkisch-revolutionäre Wirtschaftsbewegung),
Nationale Opposition der Vereinigten Reichsbankgläubiger und Markgeschädigten,
Menschheitspartei.

Nur die ersten elf Parteien waren bisher im Landtag vertreten, die anderen Wahlvorschläge stellen Versuche von neuen Gruppen dar, die wahrscheinlich dazu führen werden, daß wieder hunderttausend und mehr Stimmen nutzlos abgegeben werden.

Wie das VDZ-Büro meldet, umfassen die Wahlvorschläge, die der Landeswahlausschuß in seiner heutigen abschließenden Sitzung behandelte, durchaus noch nicht die Gesamtanzahl der Bewerber, die sich für den preußischen Wahlkampf angemeldet hatten. Es sind noch insbesondere Einzelgänger zu erwähnen, die den Landeswahlleiter ersucht hatten, ihre Aufstellung als Kandidaten zuzulassen, wobei sie gleich ihr „Programm zur Rettung Deutschlands" mitteilten, ohne aber auch nur einige Unterschriften zur Unterstützung ihrer persönlichen Kandidatur beibringen zu können. Diese Einzelgänger hat bereits der Landeswahlleiter zurückgewiesen und ebenso wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen auch die folgenden beiden Listen, die gleichfalls dem Landeswahlausschuß nicht mehr zu beschäftigen brauchten: „Interessengemeinschaft der Kriegsrentner und Inflationsgeschädigten" und „Volksbewegung gegen Hakenkreuz unnd Sowjetstern, für Arbeit und Brot im freien Deutschland".

Verschiebung der Abreise des Reichskanzlers.

CNB **Berlin, 13. April.**

Reichskanzler Dr. Brüning hat, wie wir erfahren, seine ursprüngliche Absicht, heute abend nach Genf abzureisen, aufgegeben. Der Kanzler wird die Reise morgen antreten; der genaue Zeitpunkt der Abreise steht noch nicht fest.

Anfechtung der Reichspräsidentenwahl durch die NSDAP.

:: **Bonn, 13. April.**

Der frühere thüringische Minister Dr. Frick hielt hier heute abend eine Rede, in der er sich zunächst über die Reichspräsidentenwahl vom 10. April verbreitete und bemerkte, daß die NSDAP die Wahl anfechten werde, da die nach der Reichsverfassung garantierte Wahlfreiheit nicht gewährt worden sei.

Blutige Zusammenstöße zwischen Bergarbeitern und Militär.

Drei Tote, viele Verletzte.

× **Brüx, 13. April.**

Bei den Versuchen, in die militärisch abgesperrte Stadt Brüx in Böhmen zu gelangen, griffen die streikenden Bergarbeiter an vielen Stellen die Gendarmerie- und Militärabteilungen an. An vielen Stellen mußte das Militär von den Waffen Gebrauch machen. In der Komotauer Straße gab das Militär eine Salve ab, wodurch drei Tote und 14 Verletzte auf dem Platze blieben. In der Stadt Komotau kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen Gendarmerie und Streikenden. Hier wurden acht Arbeiter verletzt.

Die Wünsche des Mandatsgebiets Südwestafrika.

Verständnisvolle Haltung der südafrikanischen Regierung.

+ **Windhuk, 12. April.**

Eine am 23. Januar in Windhuk zusammengetretene Landeskonferenz sämtlicher Parteien Südwestafrikas hatte einstimmig anerkannt, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Notlage nur durch engste Zusammenarbeit aller Bewohner des Landes erzielt werden, und daß eine solche Zusammenarbeit, besonders mit der starken deutschen Minderheit, nur durch die Erfüllung ihrer seit langem erstrebten Wünsche erreicht werden könne. Die Landeskonferenz beschloß durch eine gemeinsame Abordnung die Erfüllung dieser Wünsche bei der Unionsregierung zu beantragen. Die Verhandlungen fanden vom 5. bis 8. April in Kapstadt statt und führten zu der Zusage an die Abordnung, durch Parlamentsakt die Anerkennung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache in Südwestafrika, die automatische Einbürgerung der bis zur Ende 1931 nach Südwestafrika Zugewanderten und die Herabsetzung der Einbürgerungsfrist von fünf auf zwei Jahre herbeizuführen. Das erfreuliche Ergebnis der Kapstadter Verhandlungen ist besonders auch der verständnisvollen Haltung der südafrikanischen Regierung, vor allem ihres Premierministers Hertzog, zu danken.

Die Landung des „Graf Zeppelin".

¶ **Friedrichshafen, 13. April.**

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" erschien, von seiner zweiten Südamerika-Fahrt zurückkehrend, um 8,11 Uhr über dem Werksgelände. Um 8,22 Uhr war die Landung glatt vollzogen. An Bord des Luftschiffes befanden sich elf Passagiere. Trotz teilweise sehr starken Gegenwindes hat das Luftschiff nur 100 Stunden für die Rückfahrt von Pernambuco nach Friedrichshafen benötigt.

*

Furchtbares Unglück.

○ **Minden, 13. April.**

In Abwesenheit der Eltern wollte der 21 jährige Sohn des in der Nähe von Barsinghausen wohnenden Kötters Rasche in das elterliche Haus hinein. Er wollte durch das über dem Türrahmen gelegene Oberlicht steigen, rutschte aber aus, blieb mit dem Kopf im schmalen Rahmen hängen, während die Beine nach draußen baumelten. Von Schmerzen gepeinigt und von Todesangst gequält schrie er um Hilfe. Das vierjährige Schwesterchen kam herbei, weinte und setzte sich neben den mit dem Tode ringenden Bruder. Als nach einigen Stunden die Eltern zurückkamen, fanden sie ihren einzigen Sohn in dieser furchtbaren Situation auf. Die Mutter brach beim Anblick zusammen.

Die Finanzlage Oesterreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands.

Die Hilfsaktion vor dem Völkerbundsrat.

Vertagung auf die nächste Sitzung.

◆ **Genf, 12. April.**

Der Völkerbundsrat ist heute nachmittag zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten, um zu dem Bericht des Finanzausschusses über die Finanzlage Oesterreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands Stellung zu nehmen. Der Bericht des Finanzausschusses ist von besonderer Bedeutung, da er sich nicht auf die Klarstellung der finanziellen Nöte der betreffenden Länder beschränkt. Er stellt vielmehr mit allem Nachdruck fest, daß eine dauerhafte Hilfe für diese Länder nicht zu erwarten ist, solange

die großen Probleme — Reparationen und politische Schulden —

nicht gelöst werden, eine Tatsache, die der Berichterstatter, der norwegische Gesandte in Paris, Braadland, unterstrich. Er erklärte aber auch, daß er nicht in der Lage sei, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, sondern daß er es dem Rat überlasse, die entsprechenden Folgerungen aus dem Bericht zu ziehen.

In der Aussprache ergriffen zunächst die Vertreter der an der Londoner Konferenz beteiligten vier Mächte das Wort. Der französische Ministerpräsident Tardieu beschränkte sich auf eine rein formale Mitteilung über die Arbeiten dieser Konferenz. Der englische Außenminister Sir John Simon bestätigte die Mitteilungen Tardieus und legte

besonders Gewicht auf den Schutz der Anleiheländer.

Neue Anleihen dürften jedenfalls keine neue unproduktive Belastung für die hilfesuchenden Länder darstellen. Der italienische Außenminister Grandi sagte, die wirtschaftlichen Bande zwischen Italien und den beteiligten Ländern seien die beste Gewähr dafür, daß Italien alles tun werde, um eine Besserung der Lage herbeizuführen.

In längeren Ausführungen nahm Staatssekretär von Bülow zur Londoner Konferenz und zum Bericht des Finanzausschusses Stellung. Der Zweck der Londoner Konferenz sei gewesen, die Mittel und Wege zu finden, um gewisse südeuropäische Staaten aus ihrer Notlage zu befreien. Einige dieser Staaten seien durch die infolge der Friedensverträge entstandene Lage ihrer wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten beraubt. Die akuten Finanzschwierigkeiten seien daher der Ausgangspunkt, aber nicht der einzige Erörterungsgegenstand der Konferenz gewesen. Die notleidenden Länder müßten in die Lage versetzt werden, künftig auf eigenen Füßen zu stehen. Nicht die gleiche Einigkeit wie über das Ziel habe sich in London über die Mittel zu seiner Verwirklichung ergeben.

Eine Lösung werde aber bestimmt gefunden werden, und Deutschland werde von sich aus alles dazu tun.

Staatssekretär von Bülow unterstrich schließlich aus dem Bericht des Finanzkomitees eine Reihe von Feststellungen, insbesondere über die Notwendigkeit sofortigen Handelns und erklärte es für bedauerlich, daß trotz dieser auch im Bericht des Beratenden Sonderausschusses der BIZ. enthaltenen Feststellung die Lausanner Konferenz bis Juni verschoben worden sei.

Nach Zusammenfassung der heutigen Debatte durch Tadieu wurde eine Entschließung angenommen, in der der Völkerbundsrat eine gemeinsame Prüfung der Frage einer planmäßigen Finanzaktion durch die Vertreter der vier Regierungen und die technischen Organe des Völkerbundes vorsieht. Weiter wird festgestellt, daß es Sache des Völkerbundsrates sein werde, über die Maßnahmen zu beschließen, die auf Grund des Berichtes zu treffen sind; zu diesem Zweck soll der Bericht auf die Tagesordnung der nächsten Ratstagung gesetzt werden.

Der Völkerbundsrat wird voraussichtlich am Donnerstag wieder zusammentreten, um zu den besonderen Teil des Berichtes über die Lage Oesterreichs, Bulgariens, Ungarns und Griechenlands im einzelnen Stellung zu nehmen.

Frauenversammlung am Sonntag.

Am kommenden Sonntag, nachmittags 4.30 Uhr, findet im Paulusheim eine große Versammlung statt, zu der alle katholischen Frauen von Bocholt und Umgegend eingeladen sind.

Frau Abg. Giese (Bottrop)

spricht über das Thema

„Katholische Frau und Preußenwahl".

Aus der Heimat.

Vom Arbeitsgericht Bocholt.

:: **Bocholt**, 14. April. Das Amtsgericht hatte sich wieder mit der Klage eines entlassenen Angestellten zu befassen, dessen Einspruch gegen die erfolgte Kündigung auf Wiedereinstellung oder Erstattung eines Uebergangsgeldes in Höhe von rund 1800 RM. hinauslief. In der Klage wird die Kündigung als eine unbillige Härte bezeichnet, da für den Gekündigten Arbeitsmöglichkeit vorhanden gewesen sei, wie aus der Anstellung von drei Kräften, die allerdings zum Teil auch schon wieder entlassen sind, nach der Entlassung oder während der Kündigungsfrist hervorgehe. Der Vertreter der Beklagten stützte sich auf die Darlegung, daß für den Kläger eine Beschäftigungsmöglichkeit nicht gegeben gewesen und die Entlassung tatsächlich wegen Arbeitsmangels erfolgt sei. In seinem Urteil folgte das Gericht auch diesen Einlassungen, indem es betonte, daß jegliche Kündigung eine Härte darstelle, daß aber im vorliegenden Falle die Lage des Betriebes so gewesen sei, daß diesem eine Weiterbeschäftigung nicht habe zugemutet werden können. Die Klage wurde demgemäß abgewiesen. — In dem zweiten der drei anstehenden Fälle erklärte sich das Arbeitsgericht für unzuständig; die Sache wurde dem Amtsgericht zugewiesen, während der letzte Fall, in dem eine Lohnnachforderung eingeklagt wurde, vertagt werden mußte, da der Streitfall voraussichtlich ohne eine Beweisaufnahme nicht zu entscheiden ist, obwohl es sich nur um eine verhältnismäßig geringfügige Forderung handelt.

Größenordnung der Sparkassen.

= **Bocholt**, 14. April. Aus den Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Sparkassenverbandes ist die Größenordnung der einzelnen Sparkassen ersichtlich. An Einzelbestand (Spargelder und Scheckverkehr) wiesen die Sparkassen im Münsterlande am 31. 12. 1931 folgende Summen auf:

Münster Stadt	40,5	Mill. RM.
Münster Kreis	32,2	„ „
Borken Kreis und Stadt	12,1	„ „
Rheine Stadt	10,8	„ „
Bocholt Stadt	6,1	„ „
Warendorf Kreis	5,6	„ „
Jöbenbüren Stadt	5,5	„ „
Dorsten Kreis und Stadt	5,3	„ „
Ahaus Kreis und Stadt	5,3	„ „
Burgsteinfurt Kreis	5,0	„ „
Ahlen Stadt	4,6	„ „
Coesfeld Kreis	4,6	„ „
Beckum Stadt	4,2	„ „
Emsdetten Amt	4,1	„ „
Haltern Stadt und Amt	3,8	„ „
Oelde Amt	3,6	„ „
Warendorf Stadt	3,3	„ „
Coesfeld Stadt	3,3	„ „
Dülmen Stadt	2,9	„ „
Billerbeck Stadt	2,9	„ „
Ochtrup Amt	2,6	„ „
Gronau Stadt	2,5	„ „
Epe Amt	2,1	„ „
Vreden Stadt	2,1	„ „
Sendenhorst Stadt	1,8	„ „
Borghorst Gemeinde	1,7	„ „
Stadtlohn Stadt	1,1	„ „
Tecklenburg	0,8	„ „

Vereine und Veranstaltungen.

Theaterabend im Arbeiterverein St. Paulus.

Das war wirklich etwas Feines, was am Sonntagabend geboten worden ist. Die Theaterabteilung des Arbeitervereins St. Paulus ist in der Lage, neben ernsten Theaterstücken auch lustige plattdeutsche Stücke zur Vorführung zu bringen. Die Spielschar hat es verstanden, das Stück in der richtigen Weise aufzuführen, so daß vor lauter Lachen die Tränen über die Backen rollten. Ueber den Inhalt des Stückes wird gar nichts verraten. Man soll gespannt sein bis Sonntagabend, wo es zum zweiten Male geboten wird. Schön ist es auf jeden Fall; denn im Gesellenhause zu Bottrop ist es elfmal zur Aufführung gelangt. Hier in Bocholt lieben wir doch auch so sehr die plattdeutschen Theaterstücke. Wer also in dieser sorgenvollen, schweren Zeit einmal alle Sorgen für ein paar Stunden vergessen und mal recht von Herzen lachen will, der versäume es nicht, das Stück am Sonntag im Arbeiterheim St. Paulus mitzuerleben. — Die Karten sind im Vorverkauf im Arbeiterheim St. Paulus, numeriert für Mitglieder 25 ₰, für Nichtmitglieder 50 ₰, ab Freitagnachmittag zu haben.

„Kinderwohl"-Filmvorführung.

Wie wir bereits kurz berichteten, zeigt die hiesige „Kinderwohl"-Ortsgruppe im Capitol zwei moderne Filme aus der katholischen Kinderarbeit. Der erste Film führt ein in das Dortmunder „Ferienkinder-Hilfswerk" von Kaplan Deuster. Der zweite Film zeigt das „Kath. Jungenschafts-Zeltlager im Wuppertal". Was die „Kinderwohl"-Gruppen wollen, wird unseren Lesern wohl bekannt sein. Wir erinnern an die bereits des öfteren veröffentlichten Artikel über die Arbeit an den Kindern, erinnern an die vielen Kinderverschickungen in den großen Sommerferien, erinnern an das große Kinderfest im Juli vorigen Jahres auf der „Kickelde". In der ganzen katholischen Bevölkerung wird dem „Kinderwohl" großes Interesse entgegengebracht. Und so glauben wir auch, daß die Filme, in denen echtes frisches Jugendleben gezeigt wird, wohlwollend aufgenommen werden. — Die Vorführung findet am Sonntag, dem 17. ds. Mts., vormittags 11 Uhr, im Capitol statt. Eintrittskarten sind bei den Helfern und Helferinnen erhältlich.

Kinderwohl. Morgen (Freitag) abend 8 Uhr ist im Gesellenhaus Gruppenabend aller Führer mit Fräulein Josie Bunse. — Zur gleichen Zeit ist im Gesellenhaus Gruppenabend aller Führerinnen mit Fräulein Karola Bunse. Die Führerinnen werden gebeten, Material für praktische Werkarbeit, wie Scheren, Nadeln, Garn, Stoffreste, Streichholzschachteln, Pappkarton, Korken, Stanniol, Buntstifte usw. mitzubringen.

Werkjugend des Arbeitervereins St. Paulus. Am heutigen Donnerstagabend 8,15 Uhr wird im Blauen Saal des Arbeiterheims St. Paulus Bezirksleiter Theo Tetiete aus Rhede einen Vortrag halten über „Die katholische Jugend und ihre Stellungnahme zur Preußenwahl". Hierzu wird die gesamte Jugend eingeladen.

Jungmännerring im K.K.V. Heute (Donnerstag) abend spricht Kaplan Thoneick über den Nationalsozialismus. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

Kath. Gesellenverein. Heute (Donnerstag) ist 8,30 Uhr Schulungsabend für die neuen Mitglieder im Gesellenhaus. — Am Freitagabend nach der Andacht ist Vorstandssitzung, zu der alle Bezirksvorsteher erscheinen müssen. — Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, ist feierliche Aufnahme und Familienabend im Gesellenhaus.

Katholischer Jungmännerverein Liebfrauen. Heute (Donnerstag) abend 8 Uhr sind im Heim (Münsterstraße) die Gruppenabende der Jungenschaft. Die Turner turnen von 8—10 Uhr im Jugendheim an der Dietrichstraße. Neulinge sind stets herzlich willkommen. — Unsere Jungmänner sind eingeladen zu einem politischen Abend der Werkjugend heute 8 Uhr im Paulushause. Morgen (Freitag) abend läuft im Jugendheim für die Jungmänner ab 8 Uhr der Ufa-Großfilm „Siegfried". Eintritt 20 ₰, für Erwerbslose 10 ₰. Ueber 2 Kilometer Normalfilmlänge.

Sportfreunde 97. Die Mitglieder unserer Sportabteilung werden aufmerksam gemacht auf den politischen Abend, den die Werkjugend heute (Donnerstag) abend im Paulushaus hält.

Die geschädigten Mitglieder des Deutschen Sparerbundes für Eigenheime, Sitz Düsseldorf, werden gebeten, zwecks Bildung einer Interessengemeinschaft zur Verhütung der Verschleuderung des Vermögens im Konkurse ihre Adresse sofort an das Mitglied Anton Hessing in Ramsdorf 24 (Kr. Borken) zu senden. Adressen, die nicht bis Samstag eingelaufen sind, können keine Einladung zur Generalversammlung erhalten.

Dingden

t. **Zentrumsversammlung.** Am kommenden Sonntag, gleich nach dem Hochamt, findet im Saale Metelíng eine große Zentrumsversammlung statt. Es wird erwartet, daß die Einwohner Dingdens, Männer und Frauen, sich recht zahlreich beteiligen, zumal ein recht guter Redner, Landtagskandidat Dr. Schumacher, gewonnen ist. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 20 ₰ erhoben.

t. **Borromäusverein.** Wegen der Zentrumsversammlung findet am Sonntag keine Bücherausgabe statt. — Diejenigen Leser, die den Lesebeitrag für das Jahr 1932 (2 ℳ) noch nicht entrichtet haben, werden gebeten, ihn sofort zu bezahlen.

t. **Theaterabend im Jünglingsverein.** Es wird noch einmal an die Aufführung des Stückes „Der falsche Hauptmann von Köpenick" erinnert. Welchen Bombenerfolg das Stück auslöst, zeigte die erste Aufführung am Ostermontag. Wer ihr nicht beigewohnt hat, der halte sich den kommenden Sonntagabend frei. Die Aufführung beginnt 7,30 Uhr im Saale Hengstermann. Die Eintrittspreise betragen für den ersten Platz 75 ₰, für den zweiten Platz 50 ₰. Erwerbslose zahlen wiederum gegen Vorzeigung der Stempelkarte die Hälfte.

Burlo

* **15 Schmuggler abgefaßt.** Zollbeamte umzingelten am Sonntag am Freudenberg eine Schmugglerbande von 15 Mann und stellten ihre Personalien fest. Das umfangreiche Schmuggelgut wurde sichergestellt.

Dorsten

* **Sechs schwere Jungen verhaftet.** Der Gelsenkirchener Kriminalpolizei gelang es, in den vergangenen Tagen eine sechsköpfige Diebesbande festzunehmen, die monatelang die hiesige Gegend unsicher gemacht hatte. Es wurde den Verbrechern nachgewiesen, daß sie fortgesetzt auf der Straße Dorsten — Wulfen Lastzüge beraubt haben. Sie versteckten sich hinter Sträuchern und Bäumen oder an Wegebiegungen, stellten den Lastzügen irgendein Hindernis in den Weg, damit sie langsam fahren mußten, sprangen dann auf die Wagen und warfen gefüllte Kisten und Säcke herunter. Das Diebesgut wurde dann so lange versteckt, bis sich Gelegenheit fand, es mit einem Fuhrwerk abzuholen. In einem Falle sind zehn neue Autoreifen auf diese Weise gestohlen worden. Die Diebe sind auch verantwortlich zu machen für den Diebstahl von 12 Zentner Roggen, die im Januar an der Kirchhellener Grenze von einem Lastzug aus Münster abgeworfen wurden. In einem anderen Falle wurde ein Lastzug auf dem Weg durch Dorsten um zwei Sack Weizenkleie erleichtert.

Vor der Etatsberatung in Liedern-Werth.

Senkung der Einnahmen und Ausgaben auf der ganzen Linie.

§ **Bocholt**, 14. April.

Ab heute liegen die Haushaltsvoranschläge für das Amt Liedern und die Gemeinden der Aemter Liedern und Werth 14 Tage lang auf dem Amtsbüro zur Einsichtnahme der Amts- und Gemeindeeingesessenen aus. Da Amt und Gemeinde Werth identisch sind, kommt hier nur ein Etat und zwar der Gemeindeetat in Frage; der Amtsetat fällt weg. Was nun den

Etat des Amtes Liedern

betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß der Gesamtbedarf des Amtes von 79 000 ℳ im Rechnungsjahr 1931/32 auf 66 800 ℳ im laufenden Rechnungsjahr, also um 12 200 ℳ gesunken ist. Die Ersparnisse sind in der Hauptsache an den persönlichen und sächlichen Ausgaben gemacht worden. Der Fehlbedarf des Amtes wurde von 54 817 ℳ im Rechnungsjahr 1931 auf 42 971,50 ℳ, also um 11 845,50 ℳ, gesenkt. Dieser Fehlbedarf muß natürlich, da das Amt selbst keine Steuern erheben kann, von den Gemeinden getragen werden. Es entfallen auf: Barlo 5218,40 ℳ, Biemenhorst 3817 ℳ, Hemden 2675,20 ℳ, Herzebocholt 1914 ℳ, Holtwick 1733,60 ℳ, Liedern 3389,10 ℳ, Lowick 4977,50 ℳ, Mussum 4403,30 ℳ, Spork 3789,50 ℳ, Stenern 4018,30 ℳ, Suderwick 4930,20 ℳ und Werth 2105,40 ℳ.

Im einzelnen weisen die Etatstitel des neuen Rechnungsjahres, verglichen mit denen des Jahres 1931, folgende Zahlen auf:

	Einnahme 1932	Einnahme 1931	Ausgabe 1932	Ausgabe 1931
Allg. Verwaltung	50081,50	62177,—	29905 36	32408,04
Polizeiverwaltung	6900,—	5400,—	8983 30	13093,14
Bauverwaltung	25 0,—	2300,—	4310,24	5592,09
Fürsorgeverwalt.	2100,—	2100,—	7874,78	8558,76
Finanzverwaltung	5118 50	6023,—	14626 78	19353 37
Durchlaufend	100,—	—	100 —	—
Gesamtsumme	66800,—	79000,—	66800,—	79000,—

Es sollen also gesenkt werden bei den Einnahmen: Allgemeine Verwaltung um 12 095,50 ℳ, Bauverwaltung um 800 ℳ, Fürsorgeverwaltung um 0 ℳ, Finanzverwaltung um 904,50 ℳ; der Etat der Polizeiverwaltung hat sich in den Einnahmen um 1500 ℳ erhöht, weil der staatliche Polizeikostenzuschuß gegenüber dem Vorjahre von 2000 ℳ auf 3000 ℳ pro Stelle erhöht wurde. Bei den Ausgaben werden sämtliche Etatstitel gesenkt und zwar: Allgemeine Verwaltung um 2497,68 ℳ, Polizeiverwaltung um 3109,84 ℳ, Bauverwaltung um 1281,85 ℳ und Fürsorgeverwaltung um 684,04 ℳ.

Die Etats der einzelnen Gemeinden

weisen in Einnahme u. Ausgabe folgende Zahlen auf:

	1932	1931	Steuerzuschläge Grundvermög.	Gew.-kapital	Gew.-ertrag
Barlo	22 500	32 200	260	200	200
Biemenhorst	22 000	33 000	250	400	800
Hemden	15 000	20 300	260	260	260
Herzebocholt	7 700	11 100	225	225	225
Holtwick	9 500	16 000	200	200	200
Liedern	14 700	21 000	260	260	260
Lowick	27 400	37 500	260	360	720
Mussum	23 100	30 000	260	260	260
Spork	15 600	24 500	260	400	400
Stenern	16 900	23 300	260	400	800
Suderwick	18 100	26 600	260	300	300
Werth	13 400	20 100	260	260	595

Wie aus vorstehender Tabelle zu ersehen ist, macht die Etatssenkung aus: für Barlo 9700 ℳ, für Biemenhorst 11 000 ℳ, für Hemden 5300 ℳ, für Herzebocholt 3400 ℳ, für Holtwick 6500 ℳ, für Liedern 6300 ℳ, für Lowick 10 100 ℳ, für Mussum 6900 ℳ, für Spork 8900 ℳ, für Stenern 6400 ℳ, für Suderwick 8500 ℳ und für Werth 6700 ℳ.

Was die Zuschläge zu den Realsteuergrundbeträgen betrifft, so erhebt die Gemeinde Holtwick die geringsten Zuschläge (200 Prozent) von allen zwölf Gemeinden. Es folgt die Gemeinde Herzebocholt, die 225 Prozent in allen drei Realsteuerarten erhebt. Die höchsten Zuschläge hat die Gemeinde Stenern zu verzeichnen, die 260 Prozent Zuschlag zur Grundvermögensteuer, 400 Prozent Zuschlag zur Gewerbekapitalsteuer und 800 Prozent Zuschlag zur Gewerbeertragssteuer erhebt. Es folgen die Gemeinden Biemenhorst und Lowick. Zusammenfassend ist also zu sagen, daß diejenigen Gemeinden, die etwas Industrie haben, aus leicht erklärlichen Gründen auch die höchsten Steuersätze haben, während die Zuschläge in den rein ländlichen Gemeinden sich ziemlich auf er gleichen Höhe oder richtiger auf der gleichen Tiefe halten.

Alles in allem darf man feststellen, daß die **Finanzverhältnisse im Amt Liedern-Werth durchaus gesund** sind und gar manche Gemeinde in Punkto Finanzgebarung gern mit einer der zwölf Gemeinden des Amtes Liedern-Werth tauschen würde.

Gemeinderatssitzung in Dingden.

Der Etat einstimmig genehmigt.

e. **Dingden**, 14. April.

Gestern nachmittag fand die angekündigte Sitzung der Gemeindevertretung statt. Anwesend waren Bürgermeister Dörner, Beigeordneter Kösters, Gemeindevorsteher Hasselmann und sämtliche Gemeindeverordneten.

Auf der Tagesordnung stand als Hauptgegenstand die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1932/33. Wie fast in allen Kommunen so sieht auch für Dingden die Zukunft trotz des guten Abschlusses im letzten Jahre trübe aus. Die Einnahmeposten weisen sämtlich ein mehr oder weniger erhebliches Minus auf, das der Verwaltung wie auch den Gemeindevertretern bei der Aufstellung des Etats gewiß viel Sorgen gemacht hat. Im Gegensatz zu diesen Ausfällen sind die Senkungen auf der Ausgabenseite nur verhältnismäßig gering.

Die einzelnen Etatstitel weisen in Einnahme und Ausgabe folgende Zahlen auf: Allgemeine Verwaltung 1390 bezw. 11 061 ℳ, Polizeiverwaltung 4670 bezw. 6833 ℳ, Bauverwaltung 460 bezw. 6305 ℳ, Schulverwaltung 28 929,80 bezw. 31 064 ℳ, Fürsorgeverwaltung 10 bezw. 5205 ℳ, Vermögens- und Schuldenverwaltung 2085 bezw. 8201 ℳ, Steuern und Abgaben 54 355,20 bezw. 14 474 ℳ, Durchlaufende Posten 15 300 bezw. 15 000 ℳ. Im einzelnen brauchen wir nicht mehr auf diese Zahlen näher einzugehen, da wir vor einiger Zeit uns bereits mit dem Etat befaßt haben. Erwähnt sei nur noch, daß der Etat insgesamt in Einnahme und Ausgabe mit 107 200 ℳ balanciert. Im vergangenen Jahre betrug die Gesamtsumme 121 960 ℳ, der Etat wurde also um 14 760 ℳ gesenkt, eine Summe, die für eine Gemeinde von der Größe Dingdens immerhin recht beträchtlich ist. Angesichts der Tatsache, daß die Wirtschaft ihren Tiefstand noch nicht erreicht hat, ist damit zu rechnen, daß die in den Etat eingesetzten Einnahmen nur auf dem Papier stehen, so daß die Ausgaben im Laufe des Jahres noch mehr gesenkt werden müssen.

Nachdem der Bürgermeister die einzelnen Posten näher erläutert hatte, wobei man u. a. erfuhr, daß bereits ein Ausfall an Steuern, Zuschüssen usw. von 11 000 ℳ zu verzeichnen ist, wurde der Etat ohne nennenswerte Aussprache

von der Versammlung einstimmig genehmigt.

Sodann teilte Bürgermeister Dörner noch mit, die Verhandlungen mit der Post hätten den Erfolg gehabt, daß in Zukunft eine Nachtverbindung mit dem Arzt Dr. Bossenberg in Ringenberg besteht. Der Anruf kann bei der Fernsprechstelle der Post erfolgen.

Ein Antrag Diestegge auf Zinsverbilligung wurde zurückgestellt. Die Pacht für die Notwohnung Tenié wurde auf 10 ℳ pro Jahr festgesetzt. Aus der Versammlung wurde zum Schluß noch angeregt, die Wege im Venn instandzusetzen. Der Gemeindevorsteher sagte zu, daß die Wege demnächst in Ordnung gebracht werden sollen.

Schluß der Sitzung gegen 5 Uhr. — Es folgte eine geheime Sitzung.

Vom Niederrhein.

Isselburg

t. **Bildung der Volksfront.** Im Vereinszimmer hatten sich auf Veranlassung der Christlichen Gewerkschaften die Vorstände bezw. die Delegierten der verschiedenen Vereine eingefunden zwecks Beratung über die Bildung der Christlichen Volksfront. Gewerkschaftssekretär Kriege (Bocholt) referierte über das Thema und brachte die Grundsätze der Volksfront zur Kenntnis. Die folgende Aussprache ergab die einmütige Zustimmung zur Bildung der Volksfront zur etwaigen Stützung der Republik und der Verfassung. Die Vorsitzenden des Gesellenvereines und des Jungmännervereines konnten mitteilen, daß sich in ihren Vereinen schon 17 bezw. 27 Mitglieder für die Volksfront eingezeichnet hatten. Man bildete zunächst den Aktionsausschuß, in den gewählt wurden: für den Gesellenverein der Senior Theodor Böing, für den Jungmännerverein Wilhelm Neuhaus, für die Christlichen Gewerkschaften Wilhelm Konst, für den Kath. Arbeiterverein Bernhard Wehren, für den Evangel. Arbeiterverein Pitthan und ferner Barth. Pelser. Der Ausschuß wird die weiteren Arbeiten veranlassen. In allen genannten Vereinen werden Listen zur Einzeichnung zirkulieren. Für die nächste Zeit ist eine öffentliche Kundgebung vorgesehen zur Aufklärung der Bevölkerung. Am Tage der Landtagswahl soll die Volksfront konstituiert sein, um nötigenfalls einzugreifen. Es ist wünschenswert, daß recht viel junge Leute (von 18 Jahren an), die auf christlichem, demokratischen Boden stehen, sich zur Aufnahme für die Volksfront melden zum Schutze unseres Volksstaates und der Reichsverfassung.

t. **Von der Schule.** An Stelle des nach Elberfeld versetzten Hilfslehrers Biergamm wurde von der Regierung Fräulein Fuchs aus Langenberg ernannt.

t. **Kindergarten und Handarbeitsschule.** Mit Beginn des neuen Schuljahres tritt am Kindergarten eine Aenderung ein. Schwester Marzilina, die 28 Jahre lang die Anstalt geleitet hat, wird durch eine junge staatlich geprüfte Schwester abgelöst. Die scheidende Schwester, die vor 3 Jahren ihr 25jähriges Jubiläum als Leiterin der Schule feiern konnte, hat sich durch ihre uneigennützige Tätigkeit die Liebe und Achtung der ganzen Bevölkerung erworben, was bei ihrem Jubiläum so recht zum Ausdruck kam. Damals nahm die ganze Bevölkerung regen Anteil an ihrem Fest, hat sie doch in dieser langen Zeit nicht nur fast alle kath. kleinen Kinder betreut und geleitet, sondern auch viele Kinder aus evangel. Familien. Wieviel Gutes sie in all den Jahren an der Jugend getan, wissen die Eltern zu würdigen, deren Kinder sie behütet und gelehrt hat. Sie alle zollen ihr aufrichtigen Dank. Sie alle hegen den Wunsch, daß der göttliche Kinderfreund, in dessen Dienst sie stand und für den sie freudig und selbstlos wirkte, es ihr tausendfach vergelten möge. Möge ihr noch ein langer Lebensabend in ungetrübter Rüstigkeit beschieden sein! — Auch die Leitung der Handarbeitsschule übernimmt eine neue Schwester. Der scheidenden Schwester Angelika, die den heranwachsenden Mädchen seit Jahren Anleitung im Nähen und anderen Handarbeiten gab und so zu ihrem Teil an der Ertüchtigung der künftigen Hausfrauen und Mütter wirkte, sind wir ebenfalls zu großem Dank verpflichtet. Auch sie wird von all ihren Schülerinnen, die zum Teil aus den benachbarten Orten nach hier zur Nähschule kamen, nicht vergessen werden.

Wertherbruch

— **Der Autobus Wesel — Hamminkeln — Wertherbruch** ändert vom 15. April ab seinen Fahrplan. Bisher fuhr der Wagen um 11 Uhr ab Wesel. Um den Besuchern des Marktes und der Geschäfte in Wesel eine schnellere Rückfahrtgelegenheit zu geben, wird der Wagen in Zukunft bereits um 10 Uhr seine Fahrt antreten. Die weiteren Wagen ab Wesel bleiben aufrechterhalten mit alleiniger Ausnahme des Sonntagswagens, der bereits um 9,35 Uhr ab Wesel fährt, wodurch einem Wunsche vieler Sonntagsfahrer Rechnung getragen wird, denn diese können sich so länger an ihrem Ziel aufhalten. Bis zum 22. Mai wird der Anschluß des Zuges von Oberhausen, der von diesem Tage ab früher fährt, abgewartet. Ab Wertherbruch werden die Fahrten 4 Minuten und ab Hamminkeln 2 Minuten früher gelegt. Sonntags wird der Wagen, der bisher 19,35 Uhr ab Wertherbruch fuhr, erst um 19,40 Uhr seine Fahrt antreten. Es dürfte für die Fahrer noch von besonderem Interesse sein, daß sie bei einer Benutzung der Linie von über 10 Kilometern an sich Rückfahrscheine, die sich sehr gut einführten, lösen können. Hierdurch kommen sie in den Genuß einer besonderen Fahrtverbilligung.

Turnen / Sport / Spiel

Schalke 04 in Bocholt.

Wie wir von maßgebender Seite erfahren, ist es der Vereinsleitung des Sportklubs 26 (Bocholt) nunmehr gelungen, die erste komplette Mannschaft des populärsten deutschen Fußballklubs Schalke 04 zu einem Freundschaftsspiel nach hier zu verpflichten. Da die Ruhrknappen augenblicklich an den Endspielen um das „Grüne Band" teilnehmen und aller Voraussicht nach auch um die deutsche Meisterschaft mitkämpfen werden, konnte ein fester Termin im Augenblick noch nicht vereinbart werden, doch ist damit zu rechnen, daß das Spiel an einem Samstagabend oder Feiertag noch vor der Spielsperre auf dem Platze an der Sachsenkrone stattfinden wird.

Gleichzeitig mit der 1. Mannschaft tritt auch die 1. Jugend ein, um das Vorspiel für diesen interessanten Kampf zu bestreiten. Damit die Ueberlegenheit der Schalker nicht zu groß ist, wird der Sportklub seine Mannschaft durch die Hinzuziehung namhafter auswärtiger Spieler, z. T. aus Sonderklassevereinen, verstärken. Nach Festsetzung des Termins kommen wir auf diesen sportlichen Leckerbissen noch näher zurück.

Verantwortlich für den Textteil: Für Politik Chefredakteur Dr. Meyer, für Feuilleton Peter Schlaun, für Westdeutschland Georg Linz, für Handel und Sport Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Hüsgen, Berlin-Lichterfelde. Verlag: Z. & M. Lensing, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Peter Schmitz, Bocholt in den örtlichen Anzeigenteil Georg Hüsgen, Bocholt. Druck: „Zeno" G. m. b. H., Münster i. W.

AMT LIEDERN-WERTH
Bekanntmachung

Die Haushaltsvoranschläge des Amtes Liedern und der Gemeinden des Amtes Liedern-Werth für das Rechnungsjahr 1932 liegen vom 14. ds. Mts. ab 14 Tage lang auf dem hiesigen Amtsbüro zur Einsicht der Amts- u. Gemeindeeingesessenen öffentlich aus (2777g

Bocholt, den 13. April 1932.

Der Bürgermeister: Blume.

ANHOLT
Bekanntmachung

Die Hebung der von der Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ausgeschriebenen ordentlichen Umlage für 1931 erfolgt im Mai, August und November in drei gleichen Teilbeträgen gleichzeitig mit den Steuern. Gegenüber dem Vorjahre sind die Beiträge um 10 v. H. gesenkt. (2721

Die Heberolle liegt vom 15. April 1932 ab 2 Wochen zur Einsicht der Beteiligten bei der unterzeichneten Gemeindebehörde aus. (2768

Binnen 2 Wochen nach Ablauf der Frist kann gegen die Beitragsveranlagung beim Genossenschaftsvorstande in Münster, Postschließfach 254 Einspruch erhoben werden. Der Einspruch entbindet nicht von der Pflicht der vorläufigen Zahlung des Beitrages. In der Einspruchsschrift sind die Höhe des veranlagten Beitrages, die Hebestelle, die Heberollen- und die Hebebuchnummern anzugeben.

Anholt, den 12. April 1932.

Der Bürgermeister: Schulte.

VARDINGHOLT
Bekanntmachung

Der Forstarbeiter Bernhard Thebingbuß zu Vardingholt hat die Genehmigung zur Ansiedlung auf dem außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in der politischen Gemeinde Vardinaholt belegenen unbebauten Grundstücke Flur 12 Parzelle 390/7 388/6 der Katastergemeinde Vardingholt beantragt. (2757

In Gemäßheit des § 16 des Gesetzes vom 10. August 1904 bringe ich diesen Antrag mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß gegen denselben von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei der Genehmigungsbehörde, dem Kreisausschuß in Borken Einspruch erhoben werden kann, wenn der Einspruch durch Tatsachen begründet wird, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedelung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder der Fischerei gefährden werde.

Vardingholt, den 10. April 1932.

Der Gemeindevorsteher:
Tangerding.

HOXFELD
Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- u. Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. 6. 1909 (R. G. Bl. S. 519) folgendes bestimmt:

§ 1.

Es wird die Sperre verhängt über das verseuchte Gehöft des Gutsbesitzers Herm. Sindern in Hoxfeld sowie über die Gehöfte Grunden-Bischop, Thebingbuß-Teriete und Teuhle, sämtlich in Hoxfeld belegen, ferner über das Gehöft Volks in Vardingholt einschließlich der durch dieses Gebiet führenden öffentlichen Wege. (2756

§ 2.

Für das obenbezeichnete Sperrgebiet gelten die Vorschriften des § 2 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 21. März 1932 (Nr. 81 der Borkener Zeitung vom 22. März 1932.)

§ 3.

Vorstehende Anordnung tritt sofort in Kraft.

Borken, den 12. April 1932.

Der Landrat.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Strumpfwarengesellschaft m. b. H. zu Bocholt wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Beschlußfassung über die Bewilligung des Honorars an die Gläubigerausschußmitglieder und über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlußtermin auf den 26. April 1932, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht (Zimmer Nr. 6) bestimmt. (2773

Bocholt, den 9. April 1932.

Geschäftsstelle des Preuß. Amtsgerichts.

Verkaufsanzeige.

Am Freitag, dem 15. April, nachmittags 2 Uhr, werde ich im freiwilligen Auftrage an der Wohnung der Wwe. Samuel Löwenstein, Nordwall (Eingang neben Sargmagazin Hülskamp) wegen Aufgabe des Haushalts folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Bar verkaufen: (2755

Speisezimmer bestehend aus Büffet, Credenz, Ausziehtisch, 6 Lederstühle, Klubsofa; 3 Schlafzimmer mit je 1 voll. Bett, Waschkommode mit Marmor, Nachtkonsole, Kleiderschrank, ferner moderner Küchenschrank, Küchenherd, Gasherd, 2 Oefen, 2 Sofas, Regulator, Tisch, Flurgarderobe, Nähtisch usw.

Besichtigung 1 Stunde vorher.

Bocholt, den 13. April 1932.

Theodor Hibbing, Auktionator.

Waldflora
Kräuter-pulver
12 Sorten 0, 1-11



für verschiedene Krankheitserscheinungen. Bestl. empf. Broschüre etc. gratis in

der Stern-Drogerie
August Steiner
Markt 2 Ecke Ravardiestraße
Drogerie Maaß
Ostertraße 25.
21908

Preussisch-Süddeutsche 39./265. Klassenlotterie.

800000 Lose (27195
348000 in 5 Klassen verteilte Gewinne.
2 Prämien zu je 500000 RM.
100 Schlußprämien zu je 3000 RM.
Spielkapital: 114 260 100 RM.

Ziehung 1. Klasse 22.—23. April.

1/8 Lose RM. 5.— pro Klasse
1/4 „ „ 10.— „ „
1/2 „ „ 20.— „ „
1/1 „ „ 40.— „ „

Staatliche Lotterie-Einnahme

Isert, Bocholt,
Schwartzstraße 13 Fernsprecher 3354/55

Täglich frisch:

Sahneschichtkäse	Paket (zirka 650 gr.)	0.55 Mk.
selbstgemachter Heringssalat	p. Pfd.	1.00 „
Landbutter	p. Pfd.	1.20 „
Süßrahmbutter, ges. u. unges.	p. Pfd.	1.40 „
Salzkotelets	Stück	0.40 „

Ferner empfehle:

Neue dicke Matjesheringe	Stück	0.30 Mk.
f., frisch geschnitt. Rheinlachs	1/4 Pfd	1.00 „
„ „ Seelachs	1/4 Pfd	0.40 „
Appetithappen in Rem.	1/4 Pfd.	0.20 „
Appels Majonäse	1/4 Pfd.	0.30 „
echt holl Sardellen	1/4 Pfd	0.25 „
feinsten ger. Aal	p. Pfd.	1.50 „

Selbsteingelegte Heringe, echt Kieler Bücklinge u. Sprotten, Bismarckheringe, Rollmöpse, Hering in Gelee, Kronsardinen sowie sämtliche Fischkonserven billigst. (2767g

Delikatessenhaus E. Riepenhoff
Ostermarkt 41. Telefon 2488.

Achtung!  **Sonderangebot!**

Diese Woche

hiesiges Rindfleisch

Suppenfleisch . . . . Pfund 50 Pfg
Bratfleisch mit Beilage . Pfund 55 Pfg

Joh. Rademacher, Schwanenstr. 50.
Auch Freitagmorgen auf dem Ostermarkt.

Lebensmittelgeschäft

mit Wohnung preiswert zu vermieten.

Offert. unter 2754 an die Geschst. d. Bl.

Mantel- u. Kostümstoffe

Mantelstoff, englisch gemustert, 140 cm breit, per Meter 6.40, 5.40, 3.85, 2.65 und **1.80**

Diagonal-Charmelaine, 130/140 cm br., reine Wolle, per Meter 7.65, 6.20 und **4.65**

Cotelé und Frisette, 130/140 cm breit, reine Wolle, per Meter 7.60, 6.20, 4.80 und **3.85**

Kleiderstoffe

Crepe-Arosa, aparte Neuheit, ca. 100 cm breit per Meter 4.10 und **3.65**

Frisé-Schotten und Streifen, in moderner Ausführung, per Meter 3.90, 2.25 und **1.60**

Fleure-Romaine, reine Wolle, in vielen Farben, per Meter 3.10, 2.35, 1.60 und **1.25**

Woll-Mousseline, enorm große Ausw., apart'e Muster, per Meter 2.25, 1.95, 1.45, 1.25 und **75 ₰**

Seidenstoffe

Flamenga, Wolle mit K'Seide, ca. 100 cm breit, per Meter 5.40, 4.50, 3.90 und **2.95**

K.S.-Maroc, herrliche Druckmuster, per Meter 3.95, 3.45 und **2.50**

Colelé- u. Seiden-Frisé für elegante Seidenkleider, per Meter 3.90 und **3.75**

WILHELM Kuisinkveld
BOCHOLT ★ NORDSTR. 41
Spezialhaus für Kleiderstoffe und Seidenwaren

Billige Käsetage

Holländ. Käse	20%	Pfd. 46 Pfg.
	40%	Pfd. 60 Pfg.
	45%	Pfd. 85 Pfg.
Edamer Käse	20%	Pfd. 48 Pfg.
	40%	Pfd. 62 Pfg.
Schweizer Käse vollf.	1/4	24 Pfg.
Tilsiter Käse vollf.	1/4	20, 23 Pfg.
Limburger Käse	Pfd.	45, 35 Pfg.

Alle andern Sorten Käse: Kräuterkäse, Emmenthal., Rahmkäse, Omakäse, Harzer Käse usw. billigst. (2769e

5 Prozent Rückvergütung.

H H

Manchester

Extra starke Zwirnware m **RM. 1.85,** von 5 m an noch 20% Rabatt Starke, modefarb. **Herrensocken 0.35 0.55,** gestrickte, schwere **Herren-Wollsock.,** extra stark für Landwirte, Arbeiter **0.90** Riesenauswahl in anerkannt starken und billigen

Damen-Strümpfen

jeder Art. Schöne **Hand- und Tellertücher,** solange Vorrat, Dtz. nur **0.65,** prachtvolle **Einsatzhemden, Herren- und Knaben-Sporthemden,** staunend billig, **M Obergarn** 4 fach Nr 36 und 40 p. 1000 m Rolle statt 0.75 jetzt **0.55, M Schuh-** und **Möbel-Pollertücher** 3 Stück **0.38.** Hört! Echt **Fensterleder** 2 Stück **0.35, 0.70.** Achtung! **Wasch- und Badeschwämme 0.15, Frisierkämme 0.15, Onduliér-Wellenkämme 0.75, Wäscheklein.** 20 m **0.12, Mädchen-Sprungseile** mit Griffen **0.15 Bolstrickwolle** 20 gr. nur **0.04,** echte **Rasierseife** 2 Stück **0.35, M Bohnerwachs** große Dose jetzt **0.38,** b'ütenweißen starkfädigen

Edel-Linon

für Bett- und Leibwäsche m **0.55,** von 10 m an noch 20% Rabatt.

Verkauf solange Vorrat! Schnell zugreifen!

W. M. Papenkort, Bocholt, Leopoldstr. [551e

Achtung!

Am Freitagmorgen, ab 7 Uhr, verkaufe ich bei der Kaffeerösterei Jumping, Rebellstr. u. Samstags b. Buhhaus am Güterbahnhof

Ia. junge Schweine

zu äußerst. Preisen. [1306e

Heinrich Arz, Spellen.

Im Gleichschritt mit der Zeit!

OPEL FAHRRÄDER

von RM 57.50 an

OPEL Blau-Blitz Rad . . ab RM 57.50
OPEL Standard Rad . . ab RM 69.—
OPEL Luxus Rad . . . . . ab RM 95.—

Anerkannte Opel-Fahrrad-Verkaufsstellen

Willi v. Oepen, Ravardistraße.
Johann Telake, Ostwall 6.

Abzugeben!

frühreifen, schwarzen

Präsident-Saathafer

Gebr. Wiethold, Bocholt

Hausverkauf.

Wohnhaus (Küche, 7 Wohnräume, vollständ. unterkellert) in bester Lage zu verkaufen.

Anfrag. erbeten unter Nr. 2757 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

5 Zimmerwohnung

an der Stiftstraße gelegen, ist im ganzen oder geteilt zu vermieten, ebenfalls ist ein (2764

Lagerraum

evtl. mit Kontor u. Garage, Nordstr. 29, zu vermieten. Näh **A. Süttels,** Nordallee 36.

Schön möbl.

Wohn- und Schlafzimmer,

elektr. Licht und Heizung, an 1 oder 2 Herren oder Damen z. 1. Mai zu verm. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Oberwohnung

4 durcheinanderge hende frdl. Zimmer nebst Zubehör, preiswert zu vermieten.

Offerten erbeten unt. Nr 554 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

2 Zimmerwohnung

Nähe der Stadt, zum 1. Juni an kinderl. Ehepaar zu vermiet.

Offerten erbeten unter Nr. 550 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine (553g

Ziege

zu kaufen gesucht.

Theodor Jux, Baustraße 12.

Eine hochtragende

Kuh

zu verkaufen oder geg. Weidetier umzutauschen. Daselbst eine Partie 9 Wochen alte

Schweine

abzugeben. (2760

Joh. Kolks, Liedern 82.

Freibank.

Freitagnachm. um 2½ Uhr u. Samstagvorm. um 10 Uhr ist

Rind- und Schweinefleisch

zu haben. (2774e

KNABEN- u. BACKFISCH-SCHUHE



. . . müssen besonders gut passen, rassig aussehen und viel aushalten. Alle diese Vorzüge vereinigt der Schuh:

SALAMANDER

ALLEINVERKAUF:

Schuhhaus Leiting

Osterstraße 45-47

Gegründet 1886. Telefon 2448.

Größtes Schuhlager am Platze.



Sie ist Großmutter!

Aber man glaubt es ihr kaum, denn sie ist jung geblieben durch den regelmäßigen Genuß von Mate-Tee, Marke Urwaldkraft. Machen Sie's ihr nach! Bewährt bei Rheuma, Gicht, Nieren-, Nerven-, Gallen-, Herz-, Magen- u. Blasenleiden, Arterienverkalkung, Zuckerkrankheit. Paket -.50 -.95 1.70.

Drogerie Feldmann

Neustr. 13. Ruf 2241. [2770g

Mädchen

am liebst. v. Lande, welch. melken kann, für die Landwirtschaft gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen, 23 J. alt, welches die Küche erlernte und auch mit allen Hausarbeit. vertraut ist, sucht z. vermittags

Stellung

im Haushalt.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Katholisches [2785g

Mädchen

vom Lande, für Haushalt auf dem Lande gesucht.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Technikum
Lemgo i. Lippe

Wer hat bares Geld?

Größeres Möbelhaus verkauft, um eigenen, dringenden Verpflichtungen nachkommen zu können,

Küchen, Schlafzimmer, Speise- und Herrenzimmer

nur neueste Modelle mit einem Nachlaß

bis zu 50 Prozent.

Eilangebote unter A 353 an die Geschst. d. Bl.

Verschleimung
Husten Asthma

Nach wenigen Tagen von heftigem Husten geheilt. H. Müller, Barmen.

Das Beste, was ich in meinen 62 Jahren brauchte. Fr. Ostrowski.

Nach 8 Tagen waren Schmerzen und Heiserkeit vollständig verschwunden. Fr. Dr. Wages.

War mit der 1. Flasche sehr zufrieden. Fr. Direktor R.

Laut vielen ärztlichen Gutachten hilft sofort unter Garantie **Husta-Glycin,** Fl. 0.85 u. 1.65. Erhältl.:

Alleinverkauf: Drog. Feldmann,
Neustr. 13. Tel. 2241.

Arbeitszeitverkürzung notfalls durch Notverordnung

Der Krisenkongreß der freien Gewerkschaften über die Frage der Arbeitsbeschaffung für das Millionenheer der Erwerbslosen.

Erklärungen Stegerwalds als Vertreter des Reichskanzlers.

◆ Berlin, 13. April.

Der außerordentliche Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands, der sogenannte Krisenkongreß, wurde am Mittwoch in Gegenwart mehrerer hundert Gewerkschaftsabgeordneter im Sitzungssaal des Reichstages mit einer Ansprache des Bundesvorsitzenden Theodor Leipert eröffnet. Der Kundgebung wohnten u. a. der preußische Ministerpräsident Braun, die Reichsminister Stegerwald und Warmboldt, Reichstagspräsident Loebe und die preußischen Minister Klepper, Severing und Hirtsiefer, sowie der Präsident des Reichsstädtetages Mulert bei.

Bundesvorsitzender Leipart

teilte einleitend mit, daß der Reichskanzler leider verhindert sei, an der Tagung teilzunehmen. Er wies dann auf die Tatsache hin, daß es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose gebe und meinte, die verantwortlichen Stellen verhielten sich gegenüber dieser unter innen- wie außenpolitischen Gesichtspunkten drängendsten Frage der deutschen Politik allzu passiv.

Um so nachdrücklicher müßten die Gewerkschaften den Ruf nach Arbeit für die Arbeitslosen erheben.

Die Ueberwindung der Krise sei so schwer, weil sie zugleich eine wirtschaftliche und politische sei, weil die drückende Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens zwischen den Völkern und die sozialen und politischen Spannungen innerhalb der einzelnen Völker das Aufkommen eines auf Sicherheit der Verhältnisse begründeten Vertrauens erschwere, das die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft sei. Die aktive Förderung internationaler Maßnahmen zur Linderung und Behebung der Arbeitslosigkeit, deren Durchführung nur langsam zu überwindenden Schwierigkeiten begegne, enthebe aber die Reichsregierung und alle Stellen, die mit Verantwortungsbewußtsein an einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse arbeiten, nicht von der Verpflichtung, auch im Rahmen der nationalen Wirtschaftspolitik die Arbeitsbeschaffung anzubahnen.

Leipert verwies dann auf die Tagung des Bundesausschusses des ADGB. im Februar des Jahres, der zu dem Schluß gekommen sei, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen, wenn Reich, Länder und Gemeinden, Reichsbahn, Reichspost, Reichsbank und die übrigen verantwortlichen Körperschaften an der großen Aufgabe zusammenwirken.

Das Hauptreferat über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung hielt dann

der stellvertretende Vorsitzende Wilhelm Eggert,

der das vom Bundesausschuß vorgeschlagene Arbeitsbeschaffungsprogramm begründete. Etwa eine Million Arbeitskräfte sollen auf die Dauer eines Jahres bei diesen Arbeiten zusätzlich beschäftigt werden, wofür ein Gesamtkostenaufwand von rund zwei Milliarden Mark erforderlich wäre. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfordere das Aufgebot aller Kräfte. Die öffentlichen Haushalte, Steuermittel, Ersparnisse der Reichsanstalt und endlich eine volkstümliche Arbeitsbeschaffungsanleihe müßten hierzu herangezogen werden. Zum Schluß erklärte der Redner, daß die Regierung für das Unternehmertum immer eine hilfreiche Hand gehabt habe. Jetzt habe auch die Arbeiterschaft das Recht, Forderungen zu stellen.

Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Stegerwald

für die Reichsregierung das Wort. Er führte etwa folgendes aus:

Wie Deutschlands Gesamtlage sich im Jahre 1932 entwickeln wird, ist im Augenblick noch schwerer übersehbar als in den beiden vorangegangenen Jahren. Zweierlei dürfe allerdings schon jetzt als ziemlich sicher anzusehen sein:

Einmal, daß die deutsche Ausfuhr im Jahre 1932 mit vergrößerten Schwierigkeiten zu kämpfen haben dürfte, daß also die Arbeitslosigkeit von der Ausfuhrseite her gesehen eher zunehmen als abnehmen wird; weiterhin, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den Frühjahrs- und Sommermonaten des Jahres 1932 ein geringerer sein dürfte als in den vorausgegangenen Jahren, was mit den Kreditschwierigkeiten und dem daraus folgenden großen Betriebssterben zusammenhängt.

Daneben gibt es gegenwärtig noch drei große Unsicherheitsfaktoren, die für die deutsche und die internationale Wirtschaftsentwicklung von fundamentaler Bedeutung sind, und zwar 1. wie die im Juni d. J. in Aussicht genommene Reparationskonferenz verlaufen wird, 2. wann infolgedessen der Wendepunkt der Weltwirtschaftskrisis zu erwarten ist, ob in der zweiten Hälfte des Jahres 1932, wie man in England und Amerika weithin annimmt, oder aber erst im Laufe des Jahres 1933; der dritte Unsicherheitsfaktor ist die Frage, wann eine größere innerpolitische Beruhigung zu erreichen sein wird, und dabei ist, nachdem jetzt die Reichspräsidentenwahl hinter uns liegt, das Entscheidende der Ausgang der Preußenwahl.

Das Reichsarbeitsministerium wird in diesem Frühjahr vor die Frage gestellt: Was hat zu geschehen, damit wir die Arbeitslosen über den nächsten Winter hinüberbringen? Dabei muß man sich davor hüten, daß man im Frühjahr 1932 zu optimistisch ist, und dann im Februar und März 1933 die Mittel nicht aufbringen kann, um die Arbeitslosen durchhalten zu können.

Ueber die Ursachen der Wirtschaftsschrumpfung im Innern besteht zwischen dem Kongreß und mir keine volle Meinungsübereinstimmung. Sie sehen vielfach als Hauptursache der Schrumpung die Lohnkürzung an. Diese Annahme ist nur zum Teil richtig; woraus wäre sonst die Wirtschaftsschrumpfung in den USA. in England und in anderen Ländern zu erklären, in denen man eine andere Lohnpolitik getrieben hat? Amerika und England haben die gleichen Schwierigkeiten bei der Balanzierung der Etats der öffentlichen Hand wie Deutschland. Bei uns bestehen etwa 85 Prozent der öffentlichen Ausgaben aus Personalausgaben und aus Tilgung und Verzinsung der Schulden der öffentlichen Hand. Ich glaube nicht, daß ohne Gehaltskürzungen die öffentlichen Haushalte hätten in Ordnung gehalten werden können. An Gehältern, Pensionen und Arbeiterlöhnen sind in den letzten zwei Jahren bei der öffentlichen Hand etwa 2,5 Milliarden Mark Kürzungen erfolgt. Die Etats der öffentlichen Hand müssen aber ausgeglichen sein, weil sonst die Währung nicht zu halten ist. Daß in Deutschland im letzten Jahre trotz der großen Banken- und Geldkrise und obwohl Deutschland im Mittelpunkt der Weltkrise steht, die Währung gehalten worden ist, ist ein Erfolg der Regierungspolitik, wie er nicht größer erwartet werden konnte. Es gibt in Deutschland noch reichlich Arbeitsmöglichkeiten. Ebenso unzweifelhaft ist, daß sie soweit als möglich ausgenutzt werden müssen. Die Streitfrage ist lediglich, wie die Mittel für eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschafft werden können.

Man wird produktive zusätzliche Arbeit schaffen müssen unnd wird daneben, um mehr Arbeitslose von der Straße wegzubringen, gegenüber den Arbeiten, die der Geldschwierigkeiten wegen sonst noch Jahre lang nicht ausgeführt würden, auch den freiwilligen Arbeitsdienst erweitern müssen.

Ich vermag nicht daran zu glauben, daß die industrielle Entwicklung Deutschlands sich wieder im ähnlichen Tempo vollziehen wird wie von der Jahrhundertwende bis an das Ende der Scheinblüte von 1929. Wenn ich richtig sehe, dann dürfte sowohl die wirtschaftliche Konzernbildung wie die Zusammenballung der Bevölkerung an wenigen Plätzen ihren Höhepunkt erreicht haben. Geht man von dieser Annahme aus, dann werden wir wieder zu einer dezentralisierten Siedlungsweise des deutschen Volkes kommen müssen. Zudem stehen wir vor einer total veränderten Bevölkerungsstruktur. Unsere Bevölkerungspyramide zeigt heute das umgekehrte Bild der Vorkriegszeit. Wir werden ein alterndes Volk. Diese Tatsache ist auch von fundamentaler Bedeutung für unsere soziale Rentenversicherung. Wir haben heute schon über drei Millionen Invalidenrentner, viele Hunderttausende andere Sozial- und Kleinrentner, Kleinpensionäre usw. Dieser Kreis, der bei einem alternden Volk ständig wächst, muß meines Erachtens verstärkt auf dem Lande oder in dem Vorraum der Städte angesiedelt werden.

An der Spitze dessen, was die Reichsregierung für die Arbeitsbeschaffung beabsichtigt, steht daher die verstärkte Förderung der ländlichen Siedlung und die Fortsetzung der städtischen Vorraumsiedlung. An dritter Stelle stehen die Reparaturen für Altwohnungen. Für die Finanzierung dieser Aufgaben sind bereits Wege gefunden, die keinerlei Gefahr für die Währung darstellen.

Auch auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Meliorationen, des Wasserbaues und des Wasserregulierungswesens werden noch Finanzierungsmöglichkeiten beraten. Will man hiernach die wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben des Jahres 1932 ihrer Wichtigkeit nach einordnen, so ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. Die Betriebe, die Aufträge haben, müssen unter allen Umständen mit Krediten zu einem erträglichen Zinsfuß versorgt werden;

2. Die Etats der öffentlichen Hand müssen unbedingt ins Gleichgewicht gebracht werden, weil das

3. die Voraussetzung ist für die Erhaltung der Währung, an der im Jahre 1932 ebenso wenig wie im Jahre 1931 gerüttelt werden darf.

4. Was dann noch ohne Gefährdung der Währung zur Bekämpfung der Wirtschaftsschrumpfung und zur Belebung der Wirtschaft geschehen kann, wird und muß geschehen.

Zum Schluß erklärte der Minister: Die bisherige abwartende Haltung der Regierung gegenüber der Frage der Arbeitsstreckung wird im Laufe des Jahres 1932 allerdings nicht beibehalten werden können. Diese Frage wird schon in nächster Zeit mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu besprechen sein. Wenn sich dabei eine Einigung nicht erzielen läßt, so

wird nichts anderes übrig bleiben als eine Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Wege der Notverordnung

Eine allgemeine Senkung der Löhne, wie man sie in breiten Arbeitnehmerkreisen befürchtet, kommt nach Meinung des Reichsarbeitsministeriums nicht in Frage. Allerdings sind in einzelnen Gewerben und in einzelnen Gegenden noch Angleichungen notwendig (Hört! Hört! und große Unruhe). Denn im Januar 1927 war die Relation zwischen den Löhnen in den verschiedenen Gewerben sehr viel ungünstiger als im Dezember 1931. Von 1927 bis 1931 hat nämlich eine gewisse Angleichung der Löhne stattgefunden und da die Notverordnung roh in diese Verhältnisse eingegriffen hat, haben wir heute ein größeres Durcheinander als im Dezember 1931 (Unruhe und Widerspruch). Aber daraus, daß diese Angleichung wieder herbeigeführt werden soll, darf nicht geschlußfolgert werden, daß diese Angleichung als das allgemeine Signal für Lohnsenkungen anzusehen sei. Jedenfalls möchte ich zum Schluß noch einmal betonen: Was zur Linderung der Not der Erwerbslosen geschehen kann, das wird von Seiten der Reichsregierung bestimmt geschehen (Rufe: Abwarten).

In der anschließenden Aussprache ergriff als vierter Redner, mit stürmischen Beifall begrüßt, der

Preußische Ministerpräsident Braun

das Wort, um zu erklären, daß auch die preußische Regierung mit Sorge die Entwicklung der Wirtschaftslage verfolgt habe und auch nach Maßgabe der vorhandenen Mitteln versucht habe, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Leider bestehe ein Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Staatsfinanzen. Alle noch vorhandenen Mittel müßten zur Ankurbelung der öffentlichen Wirtschaft aufgewendet werden, die eine Ankurbelung der Privatwirtschaft zur Folge haben werde. Außerdem aber sei eine Anleiheverständigung mit dem Auslande notwendig. Auf eine Reparationslösung brauche man garnicht zu warten, das Reparationsproblem sei bereits gelöst und zwar dadurch, daß Deutschland einfach nicht zahlen könne. (Lebhafte Zustimmung.) Der Redner betonte zum Schluß, daß er eine noch radikalere Kürzung als auf die 40 Stundenwoche verlange. (Lebhaftes Sehr richtig!) Darin sehe er die einzige Möglichkeit, auch die unselige politische Verhetzung und politische Krisenzeit zu beenden. (Stürmischer Beifall.)

Der Krisenkongreß nahm nach Schluß der Aussprache einstimmig eine längere Entschließung zur Arbeitsbeschaffung an, in der die Forderungen, die Eggert in seinem Referat begründet hatte, noch einmal zusammengefaßt wurden.

Der braune Kavalier.

Kriminalroman von Robert Maas.

4) (Nachdruck verboten.)

Thomas schluchzte laut, stand auf, preßte die Hände an die Stirn und schrie: „Mutter, Mutter!“

Tastete am Bett entlang und trommelte mit den Fäusten auf die Tür. Ein schauerliches Echo hämmerte durch die Nacht. Von fernher wurden Schritte lebendig. Schlüsselklirrend kam einer eiligen Schrittes heran, ein Taschenlampenlicht stach durch das Guckloch in die Zelle hinein. Noch einer eilte herbei, zwei Riegel wurden zurückgeschoben, ein Schlüssel drehte sich geräuschvoll im Schloß, Licht glühte auf, Thomas trat einen Schritt zurück und fiel auf das niedrige Bett.

„Warum schreien Sie?“ herrschte einer der Beamten ihn an. Thomas antwortete nicht; er lag halb hingestreckt und hielt die Hände vor die Augen, um den blendenden Lichtstrahl abzuwehren und um seine Tränen nicht zu zeigen.

Der Wachtmeister, der die schweren Schlüssel an langem Riemen in der Hand hatte, trat näher, nahm seine Hand von seinem Gesicht, um zu sehen, wen er vor sich habe und wiederholte seine Frage, nur in tieferem Ton und beruhigend.

Thomas antwortete nicht.

„Kroll, was fehlt Ihnen?“ fragte der Beamte nun, fast weich.

„Ich habe so Angst,“ flüsterte Thomas matt.

„Mann — Angst?! Schämen Sie sich!“ Das klang wie aus einer wehrhaften Männerbrust.

„Ich gebe Ihnen jetzt ein Schlafpulver, dann legen Sie sich in Ihr Bett und schlafen ruhig. Das andere wird sich dann morgen schon finden. — Müller, hier haben Sie den Schlüssel zum Medikamentenschrank. Holen Sie das Pulver. Der Dicke schlurfte auf seinen Filzpantoffeln davon, brachte ein Glas Wasser und ein Pulver. Kroll trank gierig, zog die dünne Decke über den abgemagerten fröstelnden Körper, legte seinen heißen Kopf zähneklappernd auf das mit hartem Heu ausgestopfte Kissen und wurde sich selbst überlassen.

Als um sieben Uhr die Glocke, das Zeichen zum Aufstehen, durch die Gefängnishallen gellte, schrak Thomas aus tiefem Schlaf auf. Das Herz klopfte, der Puls hämmerte in seinem Hinterkopf. Die Sonne stand schon so hoch, daß sie nur noch den Tisch unter dem kleinen Fenster bestrahlte. Unter dem Spind hing das weiße Oberhemd, der seine Kragen und die Krawatte, Wäsche, die seine Mutter für den Tag der Hauptverhandlung geschickt hatte.

Ja, damit würde er vor die Richter treten, mit dem fleckenlos weißen Vorhemd.

Auf den Fluren begann der Lärm der ersten Tagesstunde. Die Riegel an den Zellentüren wurden von den Flurwärtern knallend zurückgeschlagen. Die Schlüssel der jungen Wachtmeister klirrten gegen die Türen. Unsanfte Scheltworte für die säumigen Schläfer wurden laut, denn nicht alle hatten so wenig Schlaf in der Nacht wie Thomas. Seine Tür wurde fast zuerst aufgerissen, damit er seinen Anzug, seine Schuhe und sein Eßbesteck vom Flur in die Zelle nehmen könne. So war die Vorschrift: alle, die eine sehr hohe Strafe, langes Zuchthaus oder Tod zu erwarten hatten, mußten ihre Kleider und Werkzeuge, die zur Vorbereitung einer Entweichung dienen konnten, nachts draußen vor die Zellentür legen.

Der Student wusch und pflegte sich mit nervöser Hast, ordnete seine Zelle und ertappte sich mehrere Male dabei, daß er nachdachte, wo er jetzt anfassen, was noch zu tun und was noch zu säubern sei. Dabei drang vom Flur ein widerlicher Geruch in seine Zelle, sobald die Tür geöffnet wurde, dicke, verdorbene Luft, vermischt mit dem ekelerregenden, abgestandenen Qualm, den der getrocknete und dann von den Leuten geraucht Kautabak entwickelte. Thomas öffnete das kleine Fenster, soweit es ging — das war natürlich nicht viel —, und fühlte, wie die Morgenluft seine Stirn umfächelte.

Der Kaffee wurde gebracht, dünne, warme Brühe, die nur in der Farbe an Kaffee erinnerte, und Stück Brot, genau 200 gr. Thomas ließ sich seinen halben Liter in den Aluminium-Eßnapf geben, strich den letzten Rest seiner Margarine auf die Brotscheibe und würgte sie hinunter. Den Kaffee schlürfte er so heiß als möglich. Solange er dampfte, hatte er keinen Geschmack, wurde er kalt, so war er vor Bitterkeit kaum zu trinken.

Gegen 8 Uhr wurde die Zeitung verteilt. Thomas griff danach um zu sehen, ob man den Beginn seines Prozesses ankündige. Tatsächlich, unter Neues vom Tage stand:

„Heute Beginn des Mordprozesses Kroll vor dem Schwurgericht. Wir werden ausführlich darüber berichten.“

Der Student mußte lächeln: Es wird nicht viel zu berichten sein. Dann las er, fast gewohnheitsmäßig, noch die nächste Mitteilung:

„Der vermißte Sohn des hiesigen Bankiers Primavesi, Klaus Primavesi, ist von einem Herrn unserer Redaktion wieder in der Stadt gesehen worden. Nach Hause zurückgekehrt ist er noch nicht.“

Thomas wurde stutzig. Heute begegnete ihm der Name Primavesi wieder. Zum ersten Male seit dem 13. Februar, also seit seiner unglücklichen Verhaftung! Lächerlich, diese Zusammenfälle. Aber vielleicht eine Erklärung, warum Evelyn seit jenem Tage auch nicht den geringsten Versuch unternommen hatte, mit ihm schriftlich oder mündlich in Verbindung zu treten. „Ihr zartes Wesen fühlt, wie es am besten ist,“ sagte Thomas still vor sich hin. Seine Augen strahlten versonnen.

Da wurde seine Tür aufgerissen: „Kroll, Besuch! Eine Dame will Sie sprechen, kommen Sie gleich mit!“

Der Gefangene sprang auf, ließ sich noch mal bestätigen, was er gehört zu haben glaubte und wankte zum Besuchszimmer.

„Meine arme Mutter gewiß;“ er wappnete sich mit Starkmut. Er hatte noch keinen Besuch während seiner Haft erhalten und wußte nur von den anderen, daß die Sprechstunde von zwei Beamten überwacht wurde, von einem Wachtmeister und von einem Beamten des Landgerichts. Ein Gitter zwischen dem Besucher und dem Gefangenen gebe es nicht mehr, hatte er gehört.

Als er in das einfache Zimmer trat, bot sich ihm eine Ueberraschung, die er zunächst nicht zu fassen vermochte. Diese Dame in der dunklen Eleganz auf der grünen, schmutzigen Bank, das war Evelyn. Daß sie in der vergangenen Nacht plötzlich zu Hause aufgetaucht war, wußte bis jetzt nur Wilhelm, dem sie ihre Ankunft aus dem Süden ins geheim mitgeteilt hatte.

Sie mußte schon eine Weile dagesessen haben; denn das Zimmer war erfüllt von dem Parfüm, das aus dem delikatesten Laden der Stadt stammte, aber erst, wenn es an ihrem Körper gewesen war, jenen für Thomas so erregenden Duft hatte, der ihn an das erste Zusammentreffen erinnerte und der jetzt nach vier Monaten zum ersten Male wieder auf ihn eindrang.

Auch die beiden Beamten waren schon zur Stelle, der eine von ihnen ein kahlköpfiges, spitzbärtiges Männlein, mit roten, runden Backen und lebendigen Schweinsäuglein, machte in seinem sauberen Zivilanzug den Eindruck eines zu früh pensionierten Gerichtsschreibers, der andere, anscheinend ein ehemaliger Sergeant, mit grauem, herunterhängendem Schnurrbart und feistem Bauch, schaute mit seinem stiernackigen Schädel aus einer schmierigen Uniform heraus und lehnte faul gegen den Tisch des Sprechzimmers, das zugleich als Wachtstube für die Nachtwache diente. Es war der Herr Hauptwachtmeister. Er schien am wenigsten von Evelyns Anwesenheit benommen zu sein und eröffnete dem eintretenden Gefangenen, daß bei dem Besuch mit keinem Wort der Strafsache Erwähnung getan werden dürfe. Im übrigen solle man sich kurz fassen, da in einer halben Stunde die Verhandlung beginne.

Evelyn erhob sich und trat Thomas entgegen, der blaß und fassungslos im Türrahmen stand. Zögernd nahm er ihre Hand, führte sie an die bebenden Lippen und starrte ihr in die großen, brennenden Augen. „Thomas, Liebster, kannst Du mich schonen?“ fragte sie flüsternd. Einen Augenblick überlegte er, was sie wohl sagen wolle, dann zuckte es um seine Mundwinkel. Kaum vernehmlich kamen zwei Worte über seine blutlosen Lippen: „Sei unbesorgt.“

Da schnarrte der Dicke:

„Sie müssen laut sprechen, damit wir hören können, was Sie sich zu sagen haben.“

Evelyn maß den Beamten mit einem Blick, der sich aus ihren halbgeschlossenen, starkbewimperten Augen auf die plumpen Stiefel des Wachtmeisters herabsenkte.

Dem Dicken schwoll die Zornesader, der Schnurrbart wurde stachelig:

„Die Sprechstunde ist zu Ende,“ fauchte er die beiden an.

Thomas stand starr.

Evelyn ergriff in Ruhe seine beiden Hände und sagte in einem Ton, der wie ein labendes Wasser aus kühlem Quell sprudelt:

„Gelt, Thomas, wir haben uns einstweilen nichts mehr zu sagen.“ Thomas winkte Nein, ergriff ihre Hände, drückte sie und duldete, daß sie sich losriß und ging.

Der Dicke stapfte ihr nach, die Treppe hinunter, öffnete die schwere, weißgestrichene Gittertür und sagte zu dem Wachtmeister, der auf dem Hof den Tordienst versah: „Das Fräulein möchte hinaus.“

Draußen stand ihr Packard. Als sie an seinem Steuerrad saß und das Fiebern seiner Kraft in ihren schmalen Händen spürte, kam ein Trotz in sie. Ja, sie würde ihn herausholen. Koste es, was es wolle.

Auf der Straße strömte die Menge von allen Seiten dem Justizpalast zu. Studenten mit bunten Mützen und viel junges Weibervolk. Am liebsten wäre Evelyn in die sensationslüsterne Gesellschaft hineingerast . . . .

Thomas stieg in diesem Augenblick in Begleitung zweier Wachtmeister im Gefängnis die Stufen zu dem unterirdischen Gang hinunter, durch den die Angeklagten in den Gerichtssaal geführt werden; denn das Justizgebäude lag unmittelbar neben dem Gefängnis.

*

Das Schwurgericht begann seine Verhandlung mit einer Verzögerung von 15 Minuten, weil der kleine Sitzungssaal sich als zu klein erwies. Der Vorsitzende, der Staatsanwalt, der Verteidiger, die Geschworenen, Gerichtsschreiber und Journalisten begaben sich also mit der Gemessenheit, die Amt und Würden jedem zu der bevorstehenden Handlung verlieh, in den großen, holzgetäfelten, hohen Saal, dessen bunte Fenster die Junisonne wie durch Rubine funkelnd feierlich in den Raum hineinließ.

(Fortsetzung folgt.)

Koche besser!
Koche billiger!
verlange gratis das
Sanella Kochbuch

Über alle deutschen Sender:
Jeden Freitag vormittag
Sanne und Ella
plaudern im Radio

Sanella MARGARINE

VON DER MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C 2, BURGSTR. 24

Durchspruch: Norag 10,40 Uhr, Langenberg 11,45 Uhr vormittags.

78. Westfälischer Provinziallandtag.

Des Oberpräsidenten Gruß an Hindenburg. — Fabrikant Raestrup zum Präsidenten gewählt. — Große Etatsrede des Landeshauptmanns. — 5,5 Mill. RM. Zahlungsrückstände. — Günstiger Ausgleich zwischen Stadt und Land. — Gegen Bildung einer Industrieprovinz. Warum Zusammenbruch der Landesbank?

× **Münster, 13. April.**

Als um punkt 12 Uhr Oberpräsident Gronowski den Landtag eröffnete — zum ersten Male seit Menschengedenken nicht an einem Sonntag — wiesen Haus, Verwaltungsbänke und Tribüne eine gute Besetzung auf. Bekannte Männer, wie Oberbürgermeister Hamm und Rektor Fründt, fehlten; neue Leute waren dafür eingerückt. Am Verwaltungstisch sah man wohl zum letzten Male Landesrat Dr. Zuborn, den neuen Oberbürgermeister von Münster. Herr Oettingbaus, der frühere Wortführer der Sozialdemokraten, dem man einen Platz zwischen den so oft und scharf von ihm bekämpften Kommunisten angewiesen hatte, war nicht anwesend; anscheinend fühlt er sich bei seinen neuen Fraktionskollegen nicht recht wohl. Aber auch sonst fehlte der eine oder der andere, da der Termin der Tagung als unglücklich gewählt bezeichnet werden muß; mitten im Wahlkampf, wo eine ganze Reihe von Abgeordneten sich im Wahlkampf herumzuschlagen pflegt, werden manche Kräfte festgehalten, die in die Wahlschlacht streben. So lag auch über der Eröffnungssitzung eine gewisse Unlust; die Kommunisten verzichteten dieses Mal auf jeden Versuch, eine Stimmzettelwahl bei der Bildung des Vorstandes zu erzwingen; auch die Nationalsozialisten beklagten sich lediglich über den „überalterten" Provinziallandtag; die Reden des Oberpräsidenten und des Landeshauptmanns wurden zwar wiederholt von den Kommunisten unterbrochen, wenn auch meistens an den verkehrten Stellen; aber zu irgend einer besonderen Aktion schwang sich vorläufig — erfreulicherweise — noch niemand auf.

Die Rede des Oberpräsidenten wurde mit sehr großer Aufmerksamkeit entgegengenommen; einen sachlichen Zwischenruf verstanden die Kommunisten nicht zu machen und über törichte Zwischenrufe versteht der Oberpräsident bekanntlich gut hinwegzuhören; infolgedessen überhörte er alle gemachten Zwischenrufe. Der Landeshauptmann behandelte nur im letzten Teile seiner Rede den neuen Etat, während er den Hauptteil seiner Ausführungen der Not der Gemeinden, der Entwicklung der Provinz-Finanzen im vergangenen Jahre, der Krise bei der Landesbank und der Feststellung widmete, daß die Entwicklung der letzten Monate die Unsinnigkeit der Bildung einer Industrieprovinz zur Genüge bewiesen habe. Der Beifall, der gerade bei dieser Feststellung vom ganzen Hause zum Ausdruck gebracht wurde, bestätigte, daß der Gedanke der Ruhrprovinz augenblicklich tief schläft; was aber nicht hindert, daß er bei Gelegenheit wieder auftaucht.

Ein Wort zu sagen ist noch über die Präsidentenwahl. Durch das Ausscheiden des Oberbürgermeisters Hamm, der nach Niederlegung seines Oberbürgermeisterpostens loyalerweise auch sein Mandat zum Provinziallandtag abgegeben hat, war die Wahl eines neuen Präsidenten erforderlich geworden. Gegen die radikalen Stimmen wurde der Fabrikant Raestrup-Oelde mit großer Einmütigkeit gewählt. Raestrup, der im 53. Lebensjahre steht, gehört seit 1920 dem Provinziallandtage an und ist bekanntlich der Vorsitzende der Westfälischen Zentrumspartei. Man begrüßt seine Wahl im Provinziallandtag vor allem aus sachlichen Gründen, weil man mit Recht von seiner versöhnlichen und geraden Einstellung eine flotte und unparteiliche Führung der Provinzialgeschäfte erwarten kann. Und es ist sicherlich ein Fortschritt, daß in einer der leitenden Stellen der provinziellen Selbstverwaltung zum ersten Male ein Mann eintritt, der dem Kreise der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker entnommen ist.

Der Nachmittag des Mittwoch war ausgefüllt mit Fraktionsberatungen und Ausschußsitzungen; das Plenum tritt Donnerstag morgen um 10 Uhr wieder zusammen. Man rechnet damit, daß erst am Samstag die Beratungen des Provinziallandtages abgeschlossen werden.

Dem ab heute tagenden Kollegium gehören 138 Mitglieder an. Davon sind 46 Mitglieder der Zentrumspartei, 30 der Sozialdemokratischen Partei, 21 der Vereinigung der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei, 14 Kommunisten, 13 der Wirtschafts- und Landvolkpartei, 6 des Evangelischen Volksdienstes, sowie je 4 der Deutschen Staatspartei und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Aus dem Regierungsbezirk Arnsberg kommen 78, aus Minden 23 und aus Münster 42 Abgeordnete.

*

Der Staatskommissar,

Oberpräsident Gronowski

eröffnete heute den 78. Westfälischen Provinziallandtag mit folgender Ansprache: Vor sieben Jahren am 10. Mai habe ich an dieser Stelle dem verstorbenen Reichspräsidenten Ebert einen kurzen und seinem Charakter entsprechend einfachen Nachruf gewidmet. Im Anschluß daran durfte ich unter lebhafter Zustimmung dieses Hauses folgendes ausführen: „Der am 26. April ds. Js. gewählte zweite Reichspräsident Herr von Hindenburg wird am 12. Mai den Eid auf die Reichsverfassung leisten und die Amtsgeschäfte übernehmen. Dem neuen Reichspräsidenten ein kräftiges Glückauf mit dem Wunsche, daß alle Deutschen ohne Unterschied der Partei ihm jenes Maß von Hochachtung und Ehrerbietung entgegenbringen möchten, das jeder deutsche Reichspräsident kraft seines Amtes und seiner Würde zu beanspruchen hat." Diesen bescheidenen Wunsch wiederhole ich heute, nachdem Herr von Hindenburg vor wenigen Tagen, getragen vom Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes, zum Reichspräsidenten wiedergewählt worden ist. Gebe Gott, daß unter seiner Führung Deutschland wieder gesund und frei wird! (Langanhaltender Beifall.)

Ihre vorjährige Tagung beherrschte das Gedenken an den Schöpfer der Selbstverwaltung: Freiherr vom Stein. Auch in diesem Jahre ehren wir einen großen Toten, der am 22. März vor 100 Jahren gestorben ist: Goethe. Mit Stolz blicken wir auf diesen Großen im Reiche der Dichtkunst, dessen unübertroffenen Leistungen das Ansehen des deutschen Volkes auf geistigem Gebiete in der ganzen Kulturwelt gehoben haben. Dem universalen Geiste Goethe's bringen in diesem Jahre fast alle Völker der Erde ihre Huldigung dar. Wir Deutsche aber ehren uns selbst, wenn wir die wahrhaft Großen unseres Volkes ehren! (Bravo!)

Ein Jahr großer Not liegt hinter uns. Jeder von Ihnen kennt die Spannung, Entbehrungen und Sorgen, unter denen wir lebten. Aber nur wenige kennen die nervenfressende Arbeit bei allen Behörden, die von Beamten, Angestellten und Arbeitern geleistet werden mußte, um eine reibungslose Abwicklung der Dienstgeschäfte zu vollziehen. Das war Arbeit, die über den üblichen Pflichtenkreis weit hinaus ragte.

Auch ein Wort herzlicher Dankbarkeit an alle Bewohner der Provinz, die im vergangenen Jahre die Winterhilfe organisierten und die Not der darbenden Mitmenschen gemildert haben. Die Winterhilfe hat nicht vergeblich an die Opferfreudigkeit der westfälischen Bevölkerung in Stadt und Land appelliert. Wenn es geglückt ist, diesen Winter ohne ernste Erschütterung zu überleben, dann hat zu diesem an sich erfreulichen Ergebnis auch die Winterhilfe und alle, die hierfür geopfert haben, ein gut Teil beigetragen.

Wie Ihnen bekannt, waren durch die Wirtschaftskrise vom Juni 1931 die Sparkassen und die Landesbank in eine schwierige Lage geraten. Mit Hilfe der Reichsbank konnte durch Bereitstellung bedeutender Kredite unter der Bürgschaft des Preußischen Staates ein Zusammenbruch vermieden und das allgemeine Vertrauen alsbald wieder befestigt werden. Allerdings war auch dies nicht ohne besondere Opfer der Bevölkerung möglich. Der Staat verlangt, baldmöglichst von der Bürgschaftslast befreit zu werden. (Hier machen die Kommunisten unverständliche Zurufe.) Zur Bereitstellung flüssiger Mittel mußte daher die Provinzialumlage durch eine Anordnung der Aufsichtsbehörde auf den Satz von insgesamt 11,46 Prozent erhöht werden. Der gleiche Satz wird nunmehr durch den Entwurf des Haushaltsplanes vom Provinzialausschuß Ihrer Beschlußfassung unterbreitet.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsplan (Wir berichteten über ihn bereits in mehreren Artikeln. D. Red.) ist arg zusammengestrichen worden, aber niemand darf mehr ausgeben als einnehmen.

Darum mußten auch die Gehälter und Löhne recht fühlbar gekürzt werden. Beides ist nicht aus Abneigung zur Selbstverwaltung, sondern um sie zu retten, erfolgt. Wir müssen auf manches Gute, aber nicht unbedingt Notwendige Verzicht leisten. Solide, einfache Wirtschafts- und Lebensführung sind die Grundlage für die Gesundung des Einzelnen und der Gesamtheit.

(Das Lärmen der Kommunisten kann den starken Eindruck dieser Ausführungen nicht abschwächen.)

Doch wozu Worte darüber machen! In den letzten Monaten haben wir über unsere Wirtschaft soviel Reden gehört und gelesen, daß es mir angebracht erscheint, wieder zu der alten Tradition des Westfälischen Provinziallandtags zurückzukehren: Wenig reden, aber praktisch und erfolgreich arbeiten! Mit diesem Wunsche eröffne ich den 78. Westfälischen Provinziallandtag. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

Als Alterspräsident übernimmt dann der Abgeordnete Pellengahr (Z.) den Vorsitz und eröffnet die erste Sitzung mit einem Willkommensgruß und einem Hinweis auf den hinter uns liegenden schweren Winter, dem hoffentlich bald eine Zeit des Aufstiegs folgen werde. Er ermahnt zur Zusammenarbeit zum Wohle des gesamten Volkes und der Heimatprovinz und bestellt zu Schriftführern die Abgeordneten Dr. Borchmeyer und Frau Nadig. Das Haus schreitet sodann zur

Wahl des neuen Präsidiums,

wobei der Abgeordnete Windthorst vorschlägt, durch Zuruf den Abgeordneten Raestrup-Oelde (den Vorsitzenden der Westfälischen Zentrumspartei) zum Präsidenten und den Abgeordneten Rauschenberg-Wattenscheid zu seinem Stellvertreter zu wählen. Der Abgeordnete König-Dortmund gibt namens der Nationalsozialistischen Partei eine schwülstige Erklärung ab, die NSDAP. werde sich an den Wahlen zum Präsidium nicht beteiligen, sondern weiße Zettel abgeben. Gewählt werden sodann mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten der Abg. Fabrikant Raestrup-Oelde (Zentrum) zum Präsidenten, und der Abgeordnete Wohlfahrtsamtsdirektor Rauschenberg-Wattenscheid (Soz.) zum stellvertretenden Präsidenten. Zu Schriftführern werden die Abgeordneten Freiherr von Sollemacher, Frau Nadig, Auffenberg und Klümpen gewählt.

Bernhard Raestrup wurde am 25. Januar 1880 in Oelde geboren als Sohn des Malzfabrikanten August Raestrup in Oelde. Er besuchte bis Ostern 1897 das Paulinische Gymnasium in Münster, später die Höhere Handelsschule in Osnabrück, trat 1901 in den Betrieb der Malzfabrik seines Vaters ein und gründete 1906 in Oelde ein Emaillierwerk. Er ist Mitglied des Provinziallandtages seit 1920 und stellvertretendes Mitglied des Provinzialausschusses für den Landrat a. D. Geheimrat Gerdaulet, Mitglied des Oelder Stadtverordnetenkollegiums, des Kreistages Beckum und des Kreisausschusses Beckum, Vorsitzender der Westfälischen Zentrumspartei, der Zentrumspartei des Kreises Beckum, der Zentrumsfraktion des Kreistages Beckum und des Stadtverordnetenkollegiums der Stadt Oelde, sowie Vorsitzender des Verbandes westdeutscher Emaillierwerke.

Präsident Raestrup gedenkt zunächst der im vergangenen Jahre verstorbenen Abgeordneten Nadig und Frönd, deren Andenken das Haus durch Erheben von den Sitzen ehrt und macht weiter eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen. Dem Beschluß des Aeltestenrats gemäß wird die Redezeit für die einzelnen Fraktionen für den Haushaltsplan und die Einzeletats auf insgesamt 2¼ und für Fraktionen ohne Fraktionsstärke auf 1¼ Stunden festgesetzt.

Sodann erhält Landeshauptmann Dr. Dieckmann das Wort zu seiner großen Etatsrede.

Landeshauptmann Dr. Dieckmann

kennzeichnete in seiner Etatrede zunächst die von der Provinzialverwaltung schon in den beiden letzten Jahren betriebene äußerst vorsichtige und sparsame Ausgabenwirtschaft und legte dann die ernsten Finanzverhältnisse der Provinz dar, über die wir schon die wichtigsten Zahlen mitgeteilt haben. Er führte hierzu u. a. aus: Gestaltete sich so schon die Finanzlage der Provinz im Laufe des Jahres immer ungünstiger, so war es weit mehr noch die Kassenlage, die uns in immer stärkerem Maße mit den drückendsten Sorgen erfüllen mußte.

Als die Krise im Frühjahr des vergangenen Jahres begann, beliefen sich die Zahlungsrückstände der Stadt- und Landkreise auf einige 100 000 Mark. Während der Julikrise stiegen sie immer schneller auf rund 2,2 Millionen Mark, sind dann im Laufe des Winters ständig gewachsen, und haben nunmehr den ungeheuer hohen Betrag von 5,5 Millionen Mark erreicht.

Von diesen 5,5 Millionen Mark Rückständen entfallen rund 3,4 Millionen Mark auf Provinzialumlage, einschließlich der Nachtragsumlage, und rund 2,1 Millionen Mark auf rückständige Pflegegelder für die Aufnahme von Geisteskranken, Krüppeln, Taubstummen und Blinden, welche die Provinz vorgelegt hat, und die ihr jetzt um so schmerzlicher fehlen. Es ist ohne weiteres klar, daß dieser Zustand für den Provinzialverband auf die Dauer ganz untragbar ist, und daß dadurch die Durchführung der gesetzlichen Aufgaben der Provinz auf das schwerste gefährdet und in absehbarer Zeit ganz unmöglich gemacht wird. Die bisherige Fortführung der Aufgaben ist auch nur möglich gewesen, weil die Verwaltung noch auf Reserven zurückgreifen konnte, die aber nunmehr kassenmäßig aufgebraucht sind.

Es sind fast ausschließlich die Stadt- und Landkreise des engeren und weiteren Industriebezirks, die ihre gesetzlichen Verpflichtungen gegen den Provinzialverband nicht mehr erfüllen können. Sie sind unter dem Rückgang ihrer Steuereinnahmen und der Last der Erwerbslosenfürsorge zusammengebrochen. Es liegt mir völlig fern, die Rückstände dieser Gemeinden und Gemeindeverbände auf mangelnden Zahlungswillen zurückzuführen. Ihre Finanz- und Kassennot ist so groß, daß sie nicht mehr in der Lage sind, aus eigener Kraft die Erwerbslosenlasten aufzubringen und daß sie zunächst auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind, um die erforderlichen Unterstützungsgelder bereitzustellen. Daneben noch Zahlungsverpflichtungen an die Provinz zu erfüllen, ist für die allermeisten eine Unmöglichkeit. In ständiger Fühlungnahme mit diesen Kreisen hat die Verwaltung immer wieder versucht, durch Verrechnungen aller Art wenigstens in etwa die Beträge der hohen Rückstände herabzumindern, und ich habe es, soweit ich es irgendwie mit den Interessen der Provinz vereinbaren konnte, stets als meine Pflicht erachtet, den in so großer Not befindlichen Städten und Landkreisen bei der Regulierung ihrer Rückstände entgegenzukommen.

Gegenüber dieser trostlosen Lage der Gemeinden und Gemeindeverbände des Industriebezirks ist die Provinz gegenwärtig fast ausschließlich angewiesen auf die Zahlungseingänge aus den mehr ländlichen mittel- und kleinindustriellen Gebietsteilen der Provinz, die, wenn auch sie ganz gewiß von dem allgemeinen Rückgang der Wirtschaft in schwere Mitleidenschaft gezogen sind, doch noch nicht so völlig am Boden liegen, wie es in den Bezirken der Großindustrie der Fall ist. Mit warmer Anerkennung darf ich feststellen, daß diese Stadt- und Landkreise nach Kräften bemüht gewesen sind, ihren Verpflichtungen gegen die Provinz nachzukommen. Und nur dadurch ist es bisher möglich gewesen, die Finanz- und Kassenführung der Provinz einigermaßen durchzuhalten.

In dieser furchtbaren Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt es sich, wie wertvoll und lebensnotwendig der wirtschaftliche Ausgleich ist, den die Provinz Westfalen in ihren einzelnen Wirtschaftsgebieten, in der glücklichen Mischung von Großindustrie, mittlerer und Kleinindustrie und Landwirtschaft darstellt. (Sehr wahr.) Ich habe bei früheren Gelegenheiten wiederholt darauf hingewiesen, daß ein Verwaltungsgebilde wie die Provinz nur dann auf einer gesunden Grundlage beruhen kann, wenn ein solcher Ausgleich in der wirtschaftlichen Struktur gegeben ist. Vor einigen Jahren haben wir von gewissen Bestrebungen gehört, die mit dem Gedanken spielten,

das Gebiet des rheinisch-westfälischen Industriebezirks aus dem Verbande der Provinzen Rheinland und Westfalen herauszuschneiden und zu einer selbständigen Provinz, einer sogenannten Industrieprovinz, zu machen.

Ich frage: Wie würde es heute mit einer solchen, lediglich auf der Großindustrie von Kohle und Eisen beruhenden Provinz bestellt sein? (Sehr richtig.) Sie würde einfach nicht leben können, weil ihr jeglicher gesunder, wirtschaftlicher Ausgleich fehlt; und durch nichts hätte die Unmöglichkeit und die staatspolitische Gefährlichkeit solcher Gedankengänge deutlicher bewiesen werden können als durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise. (Lebhafte Zustimmung.) Es hat sich eben gezeigt, daß gerade das Ruhrgebiet in seinen Lebensbedingungen auf die übrigen industriellen und landwirtschaftlichen Teile der Provinz aufs engste angewiesen ist. Aus dieser Erkenntnis und Erfahrung heraus kann man es nur begrüßen, wenn in Verfolg der neuerlichen Anregungen der Verbandsversammlung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk auch eine engere verwaltungsmäßige und organisatorische Verbindung zwischen den Provinzen und dem Verbande angestrebt wird.

Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind mit der Provinz zu einer großen Not- und Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossen, in der alle für einander einzustehen haben. (Sehr richtig.)

Viele industrielle Gemeinden der Provinz sind mit ihrer Kraft am Ende und nur durch eine durchgreifende organische Hilfe für die Gemeindefinanzen wird es möglich sein, den völligen Zusammenbruch hier in unserem industriellen Westen und damit auch den Zusammenbruch der Provinzen zu verhüten.

Der für die Gemeinden und Gemeindeverbände so ungünstige Finanzausgleich der letzten Jahre muß geändert und es muß die Last der Erwerbslosenfürsorge auf breitere Schultern verteilt werden. (Zustimmung.) Ueber die Wege, auf denen eine solche Hilfe möglich sein könnte, sind schon viel zu lange Erwägungen angestellt. Es ist höchste Zeit, daß das Stadium dieser Erwägungen jetzt abgeschlossen wird, und daß nun endlich Taten folgen. Hier im Parlament einer der einst blühendsten preußischen Provinzen haben wir das Recht und die Pflicht, im tiefsten Ernste unserer Verantwortung darauf hinzuweisen, daß der gewerbereiche Westen durch seine Finanzkraft über 100 Jahre hindurch eine Hauptstütze des preußischen Staates gewesen ist und daß eben dieser Westen im Laufe eines Jahrhunderts ungezählte Millionen beigesteuert hat, die dem Staatsganzen, besonders aber auch den östlichen Gebietsteilen des Staates zugute gekommen sind. (Sehr wahr!) Das war im Interesse des Staates zur Durchführung einer gesunden staatspolitischen Entwickelung selbstverständlich und notwendig und ich denke nicht daran an dieser Hilfe, die aus dem Westen dem Osten in so starkem Maße zugeflossen ist, irgend eine Kritik zu üben, denn auch innerhalb des Staatsganzen haben alle Gebietsteile solidarisch für einander einzustehen, und die Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte des Ostens ist auch uns indirekt wieder zugute gekommen. Aber heute ist die Lage umgekehrt.

Die Dinge liegen jetzt so, daß bei dem wirtschaftlichen Zusammenbruch des rheinisch-westfälischen Industriebezirks nunmehr hier im Westen ein staats- und wirtschaftspolitischer Gefahrenherd entstanden ist, der eine bevorzugte und wirksame Reichs- und Staatshilfe aufs dringendste erforderlich macht.

(Widerspruch bei den Kommunisten.)

Ich habe bewußt von der Hilfe für die Gemeinden der Provinz, insbesondere des Industriegebiets, gesprochen, und nicht für eine Hilfe für die Provinz als solche. Denn, wenn den Gemeinden Hilfe zuteil wird, sodaß sie in die Lage versetzt werden, ihren Verpflichtungen der Provinz gegenüber nachzukommen, so ist auch der Provinz geholfen, und eine besondere Hilfe für die Provinz ist dann nicht erforderlich.

Der Landeshauptmann ging dann auf das in letzter Zeit wieder viel besprochene

Arbeitsbeschaffungsprogramm

ein, wobei er besonders auf den schon seit Jahren geforderten Ausbau des Dortmund-Emskanals, auf die Kanalisation der Mittelweser, auf die Emsregulierung und auf die Wasserleitung aus den Lörmecquellen hinwies, durch deren Inangriffnahme vielen westfälischen Arbeitern Arbeit und Brot verschafft werden könne. (Sehr richtig.)

Eine besondere Darlegung erfordert in diesem Jahre

die Lage der Landesbank.

Sie wissen, daß die beiden großen provinziellen Kreditinstitute des Westens, die Landesbanken Westfalens und der Rheinprovinz, von der Finanzkrise des vergangenen Jahres scharf in Mitleidenschaft gezogen sind. Für uns zeichneten sich die ersten Umrisse der Finanzkrise, soweit die Landesbank in Frage kam, schon Anfang Juni vorigen Jahres ab. Wir haben seitdem alles getan, der Landesbank über diese schwerste Krise, die sie in den hundert Jahren ihres Bestehens erlebt hat, hinüberzuhelfen.

Es ist Ihnen durch unsere Mitteilungen an die Presse bekannt, wodurch die Schwierigkeiten bei der Landesbank entstanden sind. Auch die Landesbank hat unter der allgemeinen Erscheinung leiden müssen, die damals die meisten großen deutschen Bankinstitute in Schwierigkeiten gebracht hat, daß die Gläubiger — im Falle der Landesbank also die Sparkassen und die Bankengläubiger — ihre Einlagen und kurzfristigen Kredite zurückzogen. Dazu kam, daß eine Reihe von Schuldnergemeinden nicht in der Lage waren, ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Landesbank zu erfüllen. Sie waren z. T., insbesondere im Industriegebiet, nicht nur nicht imstande, ihre kurzfristigen Kredite nach Kündigung zurückzuzahlen, sondern es war ihnen z. T. auch nicht möglich — und leider ist dieser Teil, wie ich gleich jetzt betonen möchte, im ständigen Zunehmen begriffen — die Zinsen für ihre Kredite zu entrichten und die Kassenkredite abzudecken.

Nun wird man fragen, warum die Landesbank den Gemeinden soviel Kredite gegeben hat und ob sie nicht in dieser Kreditgewährung viel zu weit gegangen ist. (Sehr richtig!) Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß die steigende Not die Gemeinden veranlaßt hat, sich immer wieder an die Landesbank zu wenden, und daß diese geglaubt hat, bis an ihre äußerste Kraft dieser Not Rechnung tragen zu müssen. Denken wir auch daran, daß auch der Provinziallandtag auf seinen Tagungen bezüglich der Kreditgewährung stets Wünsche an die Landesbank gehabt hat, deren Erfüllung oft mit großem Nachdruck gefordert wurde. Wenn es sich jetzt hinterher herausstellt, daß die Landesbank dabei zu sehr auf die Finanzsicherheit der Kommunen vertraut hat, so ist man bekanntlich hinterher immer klüger als vorher. (Zuruf!) Es ist schon so, wie ein besonders guter Kenner des kommunalen Finanzlebens in Rheinland und Westfalen, ein Oberbürgermeister des Industriegebietes, in mehrfachen Aufsätzen in der Presse festgestellt hat,

daß die Landesbanken anstelle und zugunsten der Gemeinden zusammengebrochen sind.

Nach einer Darlegung der Hilfsmaßnahmen für die Landesbank, die nur vorläufige Sicherung bedeuteten, erklärte der Landeshauptmann, daß die Landesbank für ihren eigenen Betrieb alles tut, ihren Unkostenetat herabzumindern. Daß es sich dabei nicht hat vermeiden lassen, zur Durchführung einer strafferen, sparsamen Organisation 2 Filialen ganz zu schließen, auch die Filiale Dortmund nur als Buchungsstelle fortzuführen und zahlreiche Angestellte zu entlassen, wird von der Landesbank selbst aufs lebhafteste bedauert.

Bezüglich der endgültigen Wiederstarkmachung der Landesbank müssen wir uns auch für die Provinz darüber klar sein, daß sie als der satzungsmäßige Garant der Landesbank einspringen muß.

Diese Garantie der Provinz drückt sich in der Nachtragsumlage aus, die für das vergangene Jahr vom Herrn Oberpräsidenten festgesetzt ist und die für das Rechnungsjahr 1932 unser Etat vorsieht. Zu einer völligen Entlastung der Landesbank gehört weiter die dringend erforderliche kommunale Umschuldung. Aber auch das wird noch nicht ausreichen. Es liegt hier genau so, wie ich oben bei dem Verhältnis der Gemeinden zur Provinz ausgeführt habe, daß die Gemeinden in den Stand gesetzt werden müssen, ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen bei der Landesbank zu erfüllen. Darüber hinaus müssen wir auch die Erwartung aussprechen, daß, nachdem das Reich den Großbanken in so weitgehendem Maße zur Stabilisierung verholfen hat, es erforderlichenfalls auch der Landesbank seine endgültige Hilfe nicht versagen wird. (Hört, hört!) Es ist eine Tragik für die Landesbank, daß sich die Ereignisse, die ich soeben geschildert habe, abgespielt haben in einem Augenblick, als wir uns anschickten, das hundertjährige Jubiläum der Anstalt zu begehen. Wenn wir daran denken, wieviel Gutes die Landesbank in diesen hundert Jahren ihres Bestehens geschaffen hat, so dürfen wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß ein solches Institut über die Zeit der Krise hinweg am Leben erhalten wird.

Der Landeshauptmann ging dann auf die

Hauptpunkte des Haushaltsplanes

ein und gab einen Ueberblick über die außerordentlich starken Streichungen, die bei den verschiedenen Verwaltungszweigen gemacht worden seien. Sie seien besonders auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Straßenverwaltung sicherlich zu bedauern, aber sie seien unumgänglich notwendig gewesen. (Einzelheiten, besonders die starken Etatskürzungen, haben wir bereits früher veröffentlicht. D. Red.)

Der Landeshauptmann schloß mit einer Mahnung zur sachlichen Gemeinschaftsarbeit, die alles Trennende ausschalte. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus vertagte sich auf Donnerstag vormittag 10 Uhr. Der Mittwochnachmittag ist den Ausschußsitzungen vorbehalten.

Jahresleistung der Landeskulturbehörde der Provinz Westfalen im Jahre 1931.

‡ **Münster, 13. April.**

Trotz der großen Not der Zeit, unter der ganz besonders die deutsche Landwirtschaft zu leiden hat, hat die Arbeit der Landeskulturbehörde auch im Jahre 1931 einen recht erfreulichen Fortgang gehabt.

Die Haupttätigkeit bildeten nach wie vor die Umlegungen. Es waren anhängig: 143 Sachen mit 28 072 Beteiligten und einer Fläche von 102 000 Hektar. Von ihnen wurden 8 Umlegungssachen mit 6814 Hektar neu in Angriff genommen, 9 Sachen mit 8811 Hektar ausgeführt und 11 Sachen mit 8047 Hektar zur Katasterberichtigung abgegeben. In 13 Sachen mit 5259 Hektar sind die Rezesse bestätigt worden.

Von 7 Kulturämtern wurden in 16 Umlegungssachen rund 350 Arbeitsfreiwillige beschäftigt. Mit den Arbeitsleistungen derselben waren die beteiligten Grundbesitzer durchaus zufrieden. Als Träger der Arbeit sind die Beteiligtengesamtheiten aufgetreten, während als Träger des Dienstes Gemeinden, konfessionelle Vereine, Jungdo usw. tätig wurden. Die kleinste Arbeitsgruppe umfaßte 10, die stärkste 50 Arbeitsfreiwillige.

Es sind 167 Neusiedlungen gegründet und 119 Anliegersiedlungen bearbeitet worden, ein für Westfalen nicht ungünstiges Ergebnis. 32 Rentengüter mit 115 Hektar Fläche hat die Landesrentenbank übernommen; 15 Reallastenablösungssachen mit 61 Abgabepflichtigen, 58 Ablösungen von Dienstbarkeiten (ohne Landumlegung) mit 455 Berechtigten und einer belasteten Fläche von 10 699 Hektar und 3 Teilungen gemeinschaftlicher Grundstücke mit 57 Beteiligten waren anhängig. Es wurden ferner 1125 Unschädlichkeitsbescheinigungen und 441 Zweckmäßigkeitsbescheinigungen erteilt. In 14 Sachen haben Verwendungsregulierungen außerhalb eines Auseinandersetzungsverfahrens stattgefunden. Auch 3 Wassergenossenschaften mit einer Fläche von 72 Hektar sind im Laufe des Jahres neu gebildet worden. Aus dem Archiv des Landeskulturamtes wurde in 255 beendeten Sachen Auskunft an Beteiligte, sowie an Behörden erteilt. Auf Grund des westfälischen Anerbengutsgesetzes unterlagen 47 286 Anerbengüter und außerdem 1570 Rentengüter der Nachprüfung durch die Kulturämter.

Trotz der Not der Zeit muß die Tätigkeit der Landeskulturbehörde gerade in unserer Zeit zum Segen der Landwirtschaft ihren Fortgang nehmen. Denn die ihr zuteil gewordenen Aufgaben verfolgen ja einmal den Zweck, den Altbesitz zu befestigen und zu stärken, daneben aber weiter auch noch einen gesunden Neubesitz zu schaffen. Folgen hiervon sind die Steigerung der landwirtschaftlichen Lebens- und Futtermittelerzeugung, die Belebung des industriellen Binnenmarktes und die Einschränkung der Lebensmitteleinfuhr: Fragen, von denen das Schicksal Deutschlands abhängt.

Wetteraussichten für Donnerstag:

Nach teils wolkigem, teils heiterem Wetter Winddrehung über West auf Südwest und langsame Bewölkungszunahme, nachts Temperaturen um 0 Grad, tagsüber rasche Erwärmung. Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Bei südwestlichen Winden zunehmende Unsicherheit im Witterungscharakter.

Die Abrüstungsdebatte in Genf.

Vorläufige Unterbrechung bis Montag.

— **Genf**, 13. April.

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wandte sich heute Außenminister Grandi gegen die gestrigen Ausführungen Tardieus und erklärte, Italien fordere die gleichzeitige und vollständige Abschaffung aller Waffen, die für die Angriffsfähigkeit eines Staates entscheidend seien. Italien fordere progressive Abschaffung der schweren Artillerie, angefangen mit den großen Kalibern, ferner Abschaffung der Tanks. Jeder Staat müsse vom Beginn des Inkrafttretens der Abrüstungskonvention an

jährlich einen bestimmten Prozentsatz der Gesamttonnage seiner Linienschiffe, Flugzeugträger und U-Boote zerstören.

Weiter verlangte Grandi progressive Abschaffung der Bombengeschwader und sofortige Zerstörung aller Waffen, die dem Gaskrieg und dem bakteriologischen Kriege dienen. Grandi betonte mit Nachdruck, daß diese qualitative Abrüstung nur ein System sei, das durch andere Maßnahmen ergänzt werden müsse. Er erklärte ausdrücklich, das Ziel der Abrüstungskonferenz sei

die Herabsetzung und nicht die Begrenzung der Rüstungen.

Grandi wies weiter auf die Erfahrungen des Weltkrieges hin, die dazu geführt hätten, im Artikel 5 des Versailler Vertrages die Abschaffung der schweren Angriffswaffen ohne Unterschied für die unterlegenen Staaten anzuordnen. Diese Bestimmungen der Friedensverträge habe Italien im Auge, wenn es jetzt die allgemeine Ausdehnung des Verbots fordere. Wir haben, erklärte Grandi, mit unserem Vorschlag der Tatsache Rechnung getragen, daß

praktisch schon ein Abkommen existiert, das genau die Waffen bezeichnet, die besonderen Angriffscharakter haben.

Grandi wandte sich wiederholt gegen die gestrigen Argumente Tardieus und erregte die besondere Aufmerksamkeit der Versammlung, als er darauf hinwies, daß die französische Regierung selbst in ihrem Memorandum vom 5. Februar die Rüstungsgattungen angegeben habe, die hierfür infrage kommen. Grandi äußerte sich auch zu der von Frankreich immer wieder angezogenen

Theorie von der industriellen Kriegsbereitschaft.

Wenn man einen Staat seiner militärischen Offensivrüstungen beraube, so nehme man diesem Staat, selbst wenn er gegenüber seinen Nachbarn über ein größeres oder geringeres „potentiel de guerre" verfüge, die entscheidende Basis für einen Angriff. In außerordentlich eindrucksvoller Weise wies Grandi weiter den Einwand Tardieus zurück, daß das Verbot der Herstellung solcher Waffen durch geheime Fabrikation leicht umgangen werden könne. Er faßte seine Ausführungen dahin zusammen, daß die Abschaffung der Angriffswaffen die Verteidigungsfähigkeit der Staaten und ihre Sicherheit verstärkt, den Angriff erschwert, günstigere Bedingungen für die Wirksamkeit des Völkerbundspaktes und des Kellogpaktes schafft und bessere Bedingungen herstellt, um zu einer wirksamen Herabsetzung der Rüstungen auf das niedrigste Niveau zu kommen. Die Rede des italienischen Vertreters wurde von der Versammlung mit außergewöhnlich starkem Beifall aufgenommen.

Am Nachmittag schlug der spanische Botschafter in Paris, Madariaga, die Bildung eines ständigen Ausschusses vor, der das Abrüstungsmaß der einzelnen Länder festsetzen soll. Die Rüstungen könnten in drei Gruppen eingeteilt werden: 1. Rüstungen, die sofort vollständig abgeschafft werden, 2. Rüstungen, die dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden sollen, 3. Rüstungen, die zu Verteidigungszwecken den Staaten überlassen bleiben. Der spanische Botschafter hielt

eine Zusammenfassung der italienischen und französischen Vorschläge

für möglich.

Die Verhandlungen sind vorläufig bis Montag vormittag unterbrochen worden. Präsident Henderson erklärte die Hauptaussprache über den Punkt 1 des Abkommensentwurfes des Völkerbundsrates vorläufig für abgeschlossen. Der Hauptausschuß ist für Montag vormittag zu einer neuen Sitzung einberufen worden. Das Präsidium der Konferenz ist zu Freitag einberufen worden, in dem eine Zusammenfassung der zahlreichen Einzelvorschläge ausgearbeitet werden soll.

Straße ein schwerer Autounfall. Ein aus Emsdetten kommender Personenwagen wurde nach Angabe des Chauffeurs von einem aus der Richtung Greven kommenden Wagen so stark gedrückt, daß er von der Fahrbahn abkam. Der Fahrer sauste mit seinem Wagen in einen drei Meter tiefen Graben, wo sich das Auto überschlug. Nur mit größter Mühe konnte sich der Chauffeur aus dem Wagen herausarbeiten. Er mußte mit schweren Fleischverletzungen bis zum Dorfe eine halbe Stunde Wegs zurücklegen. Zufällig traf er hier einen Herrn, der ihm einen Notverband anlegte und ihn zum Arzt begleitete. Der Chauffeur mußte sich sogleich ins Krankenhaus begeben. Er gibt weiter an, von dem entgegenkommenden Wagen gerammt worden zu sein.

● **Schaydetten**, 13. April. **14 Schinken gestohlen.** Aus dem Rauchfang eines hiesigen Gutsbesitzers wurden in der Nacht zum Montag 14 Schinken gestohlen. Es handelt sich durchweg um gute trockene Ware. Einige Schinken, die erst vorher zum Trocknen aufgehängt worden waren, ließen die Diebe zurück. Das Fleisch gehörte zum größten Teil kleineren Leuten, die es zum Räuchern aufgehängt hatten.

+ **Nordwalde**, 13. April. **Gefährlicher Geisteskranker gestellt.** Schon seit einigen Tagen trieb sich ein geisteskranker Arbeiter in der hiesigen Gegend umher. Mehrere Personen, besonders weibliche wurden von ihm belästigt und mit der Waffe bedroht. Nunmehr gelang es der Polizei, den Umherirrenden festzunehmen. Da er im Augenblick der Festnahme von der Waffe Gebrauch zu machen drohte, blieb dem Wachtmeister nichts anderes übrig, als auch seinerseits zur Pistole zu greifen. Es gelang dem Wachtmeister, den Arbeiter durch einen Oberschenkelschuß kampfunfähig zu machen. Der Verletzte mußte dem Krankenhaus zugeführt werden.

= **Winterberg**, 13. April. **Autos stecken im Schnee.** Nachdem der April schon manchen Schneefall mit sich brachte, setzte heute hier ein solches Schneetreiben ein, daß in kurzer Zeit die Gegend in eine Decke von 30 und 40 cm Schnee eingehüllt war. Der Verkehr auf den Landstraßen gestaltete sich teilweise recht schwierig, sodaß manch' eiliger Autofahrer zu ungewollter Rast verurteilt war. Hoffentlich bekommen die schon wohleingespannten Skier keine „Frühlingsgedanken".

◆ **Neheim**, 13. April. **Der Möhnesee steigt gewaltig.** Die starken Niederschläge der letzten Woche haben ein gewaltiges Steigen des Möhnesees zur Folge gehabt. Seit dem 1. d. M. sind dem Stausee rund 12 000 000 Kubikmeter, davon in der Nacht vom 7. zum 8. April allein 3 000 000 Kubikmeter zugeflossen. Am Sonntag zeigte der Wasserstandsmesser 130 200 000 Kubikmeter. Demnach fehlen nur noch 3 800 000 Kubikmeter am Ueberlaufen des Möhnesees.

× **Warne-Eickel**, 13. April. **Infolge Verbrühung verstorben.** Ein 5½jähriges Kind stürzte in der elterlichen Wohnung in der Schlachthofstraße in einem unbewachten Augenblick in eine mit kochendem Wasser gefüllte Badewanne, wobei es erhebliche Verbrühungen erlitt. Das Kind ist an den Folgen der erlittenen Verbrühungen im evgl. Krankenhaus verstorben.

:: **Minden**, 12. April. **Furchtbares Erlebnis eines Kindes.** Auf der Bastaubrücke an der Simeonstraße spielten mehrere Kinder Ball. Dabei fiel ein etwa vierjähriges Mädchen in die Bastau und wurde durch einen langen Tunnel mitgerissen. Am Ausgang der Bastau aus ihrem unterirdischen Lauf postierte sich gleich ein Artillerist und entriß die Kleine dem stark strömenden Wasser. Wiederbelebungsversuche hatten Erfolg.

Um den 3. westdeutschen Vertreter im Handball.

VfB. Aachen — Polizei Bielefeld 7:6.

Aachen, 13. April.

Am Mittwoch wurde in Aachen der dritte westdeutsche Vertreter für die DSB.-Handballmeisterschaft zwischen VfB. Aachen und Polizei Bielefeld ermittelt. Knapp mit 7:6 Toren behaupteten sich die Aachener. Die Bielefelder übernahmen mit großem Elan sofort das Kommando und lagen nach den ersten 10 Minuten bereits mit 4:1 in Führung. Aachen wurde zusehends besser und erzielt bis zur Pause durch den Internationalen Klein noch zwei Tore. Halbzeitergebnis 4:3 für Bielefeld. Bald nach Wiederbeginn hatte der Halbrechte von Aachen den Ausgleich erzielt und Klein brachte seine Farben sogar mit dem fünften Treffer in Führung. Nachdem Bielefeld ausgeglichen hatte, warfen Klein und der Rechtsaußen zwei weitere Tore und damit war der Aachener Sieg gesichert, wenn es auch den Bielefeldern gelang, noch einen sechsten Treffer anzubringen.

Aus Westdeutschland.

Die Erhaltung des Hagener Theaters.

)(**Hagen**, 13. April.

In Hagen versucht das künstlerische Personal des Hagener Theaters, auf dem Wege einer neuen Betriebsform das bisherige Theater als selbständige Bühne zu erhalten. Rechtsträger des neuen Unternehmens wird eine Gesellschaft der Freunde des Hagener Theaters sein. Der Präsident der Bühnen-Genossenschaft, Hans Otto, hat mit allen beteiligten Stellen die Vorverhandlungen eröffnet. Das Personal des Theaters hat auf alle hohen Gagen verzichtet. Die Stadt soll das Haus stellen und Mittel gewähren, die zum Teil auch bei einer Schließung des Hauses aufgebracht werden müßten und als reiner Zuschuß nur ein Bruchteil von dem betragen, was bisher gewährt wurde. Es ist vorgesehen, alle drei Spielgattungen, Oper, Operette und Schauspiel, beizubehalten. Da die Vorverhandlungen bisher günstig verlaufen sind, ist mit einer baldigen Erreichung des Zieles zu rechnen.

Völlig eingeäschert.

+ **Hünningenstand bei Neheim**, 13. April.

Plötzlich stand das Wohnhaus der Gebr. Bubarth in hellen Flammen. Das Haus war innerhalb einer Stunde völlig niedergebrannt, trotz der anstrengenden Bemühungen der Bremer Feuerwehr. Auch die Feuerwehr von Waltringen war zur Stelle. Von dem Inventar konnte nichts gerettet werden. Durch den Brand sind zwei Familien obdachlos geworden. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Die Paderborner Bluttat.

◇ **Paderborn**, 12. April.

Die 23jährige, bei dem Viehhändler Meyer beschäftigt gewesene Hausangestellte Martha Kaspar wurde, wie berichtet, nach Ermordung durch den Hausjohn Kurt Meyer in gräßlich zerstückeltem Zustande aufgefunden. Nachdem man einzelne Leichenteile in Baumkronen, in einem Wassertümpel und in den Stallungen der Meyerschen Besitzung entdeckt hatte, ist es jetzt gelungen, bei einem Ortstermin unter einer Diele auf dem Heuboden bei Meyer auch den Kopf der Kaspar zu finden. Er war von Ratten bis zur Unkenntlichkeit zerfressen. Wie es heißt, soll der Kopf Schlagstellen aufweisen, durch die Kurt Meyer das Mädchen ermordet hat. Kurt Meyer versucht, seine Handlung mit Gründen des § 218 in Verbindung zu bringen.

Der Grubenunfall auf der Schachtanlage Mathias.

CNB **Gladbeck**, 13. April.

Das Oberbergamt teilt mit: Der Unfallausschuß der Grubensicherheitskommission Dortmund trat heute aus Anlaß des Steinfallunglücks, das sich am 11. April 1932 während des Schichtwechsels auf der Schachtanlage Mathias Stinnes III/IV ereignete, und bei dem vier Tote, darunter der Reviersteiger, und ein Verletzter zu beklagen waren, zusammen. Die Unfallstelle wurde von den Mitgliedern des Ausschusses und Vertretern der Bergbehörde gemeinsam mit der Betriebsleitung und dem Betriebsausschuß der Schachtanlage befahren. Sie lag in einem ein Meter mächtigen flacheinfallenden Flöz XII der Gasflammkohlengruppe. In dem 160 Meter langen Rutschenstreb war der obere offenstehende Raum von zwei Feldern Breite auf 60 Meter Länge zu Bruch gegangen. Aus dem Zustand der Unfallstelle muß geschlossen werden, daß das aus festem Tonschiefer bestehende Hangende in dem oben angegebenen Ausmaß in seiner Gesamtheit plötzlich hereingebrochen ist und den Ueberbau umgeschoben hat. Die Ursache des Hereinbrechens ist nach Ansicht des Ausschusses in mehreren sich überschneidenden, teilweise vorher nicht erkennbaren Störungen zu suchen.

Ein Schildbürgerstreich des Kultusministers.

Klassenabbau und die Lehrer gehen spazieren....

= **Bergheim a. d. Erft**, 13. April.

Die hiesige Rektoratschule gehörte zu den wenigen Anstalten, welche eine Untersekunda besitzen, die widerruflich vom Kultusminister genehmigt war. Die für den sechsklassigen Schulbetrieb erforderlichen Lehrkräfte sind sämtlich lebenslänglich angestellt, und im Zusammenhang mit der Nationalisierung des höheren Schulwesens im Kreise Bergheim hat die Schule im vorigen Jahre noch einen endgültig angestellten Lehrer vom benachbarten Horrem übernommen. Ohne daß die Eltern der Schüler oder die Gemeinde davon eine Ahnung hatten, hat das Kultusministerium die Erlaubnis zur Unterhaltung der Untersekunda zurückgezogen und damit die Eltern und Schüler in die unangenehme Lage gebracht, im letzten Augenblick noch einen Schulwechsel vornehmen zu müssen. Zugleich aber sind durch diese unverständliche Maßnahme des Kultusministeriums endgültig angestellte Lehrkräfte freigeworden, denen die Gemeinde das Gehalt bezahlen muß, ohne daß eine Gegenleistung dafür besteht. Das Kultusministerium, dessen seltsame Abbaupläne im letzten Halbjahr wiederholt kritisch beleuchtet werden mußten, hat hier wieder ein Beispiel geliefert, daß Nationalisierung noch lange nicht Ersparnis bedeutet.

Raubüberfall auf einen Kassierer.

!! **Frankfurt a. Main**, 13. April.

Am Dienstag abend wurde der 74jährige Einkassierer einer Brauerei von zwei Räubern in dem Hausflur seines Wohnhauses in Sachsenhausen überfallen und zu Boden geschlagen. Die Täter entrissen ihm eine Brieftasche mit Spargeld in Höhe von etwa 1500 Mark und konnten unerkannt entkommen.

500 Bauern gegen die Polizei.

Quakenbrück, 13. April.

Anläßlich einer Zwangsräumung gegen den langjährigen Pächter F. auf dem alten nord-münsterländischen Rittergut Jethausen kam es — so meldet „W. Vbl." — zu schweren Ausschreitungen. Der Pächter war seit längerer Zeit sowohl mit der Pacht als auch mit sämtlichen Steuern im Rückstand. Der mit Erfolg eingereichten Räumungsklage sollte jetzt die Zwangsvollstreckung folgen. F., der in der nord-münsterländischen und oldenburgischen Bauernbewegung eine führende Rolle spielt, informierte die Bauern der gesamten Umgegend, die sich dann auch fast restlos am Versteigerungstage auf dem Rittergut einfanden. Sie waren z. T. mit Stöcken, vereinzelt sogar mit Aexten und Mistforkeln bewaffnet und führten auch Transparente mit: „Wehret Euch! Wir beugen uns nicht!" Als die von drei Landjägern begleiteten Vollstreckungsbeamten auf dem Hof erschienen, scholl ihnen von einem vielhundertstimmigen Sprechchor ein lautes „Raus!" entgegen. Dabei reckten die 500 vor dem Wohngebäude des Gutes stehenden Bauern drohend ihre Fäuste mit ihren Stöcken und Aexten den Beamten entgegen. Während die Beamten unter sich berieten, stimmten die aufrührerischen Bauern Sturm- und Trutzlieder an und forderten die Beamten in Sprechchören nochmals auf, den Hof zu verlassen. Diese kamen zwar für einen Augenblick der Aufforderung nach, informierten jedoch weitere Landjäger und das Ueberfallkommando, die nach kurzer Zeit auf dem Gut Jethausen erschienen. Auch sie wurden mit Hohn- und Niederrufen empfangen. Nach dreimaliger ergebnisloser Aufforderung, den Gutshof zu verlassen, trieben die Landjäger und Polizeibeamten die widerspenstigen Bauern mit dem Gummiknüppel vom Hof.

Während nun die Vollstreckungsbeamten unter polizeilichem Schutz die Wohnung ausräumten, steigerte sich die Erregung der vor dem Tore stehenden Bauern. Plötzlich durchstießen sie die Polizeikette und stürmten unter lauten Rufen auf das Wohngebäude zu. Die dort postierten Beamten zogen auf Geheiß blank und gingen mit dem Seitengewehr auf die aufrührerischen Bauern los. Diese ließen sich zwar noch in ein kurzes Handgemenge ein, bei dem es auf seiten der Bauern einige Leichtverletzte gab, zogen sich dann aber fluchtartig zurück. 20 der aufrührerischen Bauern, unter ihnen die Anführer, wurden festgenommen.

Um neue Konflikte und Zusammenstöße zu vermeiden, verhandelte der Leiter der Vollstreckung mit dem zur Räumung verurteilten Pächter F. Diesem wurden schließlich bis auf weiteres noch zwei Wohnräume im Gutshof sowie die in einem besonderen Raum aufgestellten Möbel und Geräte belassen. Den noch immer versammelten Bauern wurde dieses Ergebnis mitgeteilt, worauf sie sich langsam zerstreuten.

★

-l- **Ahlen**, 13. April. **Auf beiden Augen blind?** Einem Maschinensteiger, der vor Jahren durch einen Eisensplitter das linke Augenlicht verlor, drang auf der Arbeitsstätte jetzt ein Glassplitter in das rechte Auge. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wo man hofft, ihm das Augenlicht zu erhalten.

-l- **Hessen**, 13. April. **Sittlichkeitsverbrechen.** Gegen 2 Uhr lockte ein etwa 25 Jahre alter Mann ein 4—5jähriges Kind einer hiesigen Familie mit der Angabe, ein Geldstück zu suchen, in die im Keller gelegene Waschküche und verging sich hier in der gemeinsten Weise an dem Kind. Die Eltern des Kindes hatten die Tat erst zu spät bemerkt.

● **Greven**, 13. April. **Schwerer Autounfall.** In der vergangenen Nacht ereignete sich auf der Emsdettener-

---

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

Berlin, 13. April. Nachdem die gestern festgestellten Kurse allgemein bekanntgegeben werden durften, zeigte sich heute ein gewisses, allerdings noch sehr kleines Kaufinteresse des Publikums. Stimmungsmäßig wirkte sich dieser Umstand günstig aus und die Spekulation schritt zu einigen Deckungen. Die ersten Kurse zeigten dann ziemlich allgemein Besserungen bis zu 1%, teilweise auch bis zu 3%. Das Angebot blieb heute denkbar gering.

Die gestrige Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther trug zu der freundlicheren Stimmung bei, und die Erholung gegen den New-Yorker Börsenverkehr hinterließ einen günstigen Eindruck.

Fernerhin verstärkte die anhaltend leichte Veranlagung des Geldmarktes und die gestern erfolgte weitere Ermäßigung des Privatdiskontes auf 5 Prozent.

Man erwartet in Kürze eine Neuregelung des Effektenverkehrs mit dem Auslande und rechnet damit, daß bei Erteilung der Ausfuhrgenehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle ein Nummernverzeichnis der betreffenden Effekten über den Ein- und Ausgang haben wird.

Auch aus der Wirtschaft selbst lagen heute einige, etwas zuversichtlicher lautende Nachrichten vor. Die finanzielle Lage der Hoesch-Köln-Neuessen AG. hat sich nach einer Erklärung der Verwaltung erheblich verbessert, was sich an der Börse in einer Kurssteigerung dieses Wertes um mehr als 2,5 Proz., das sind über 10 Proz. des effektiven Wertes, auswirkte. Bei Leonhardt Tietz rechnet man mit einer nur unwesentlich unter dem Vorjahresstand liegenden Dividende und für Farben glaubt man mit einiger Sicherheit — die Bilanzsitzung findet bekanntlich am 16. April statt — einen Satz von 7 Proz. annehmen zu können.

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	13. 4. Brief	13. 4. Geld	13. 4. bezahlt	12. 4. Brief	12. 4. Geld	12. 4. bezahlt
loko	7.31			7.40		
Mai	7.26	7.27	7.27	7.36	7.38	—
Juli	7.41	7.38	—	7.47	7.34	—
Oktober	7.51	7.49	7.51	7.48	7.47	7.47
Dezember	7.60	7.58	—	7.60	7.58	—
Januar 1932	7.68	7.63	—	7.64	7.62	7.63
März	7.75	7.73	7.74	7.74	7.71	—

Tendenz: stetig

Liverpool: Baumwolle

	13. 4.	12. 4.		13. 4.	12. 4.
loko	4.91	4.87	Dezember	4.65	4.64
April	4.58	4.54	Januar 33	4.57	4.55
Mai	4.66	4.52	Februar 33	4.59	4.57
Juni	4.63	4.50	März 33	4.71	4.59
Juli	4.62	4.49	April 33	4.73	4.61
August	4.61	4.49	Mai 33	4.75	4.64
September	4.61	4.49	Juli 33	4.80	4.69
Oktober	4.61	4.49	Oktober 33	4.87	4.76
November	4.63	4.51	Januar 34	4.94	4.82

	13. 4.	12. 4.
Tagesimport	—	—
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F. G. fair loko	—	—

Tendenz: gut behauptet

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	13. 4.	12. 4.
Loco Sartee F. G.	4.62	4.69
„ Broach F. G. (Good Staple)	4.45	4.45
„ M. G. Punjab/American F. G.	4.53	4.49
„ Centr. Provinces Comra Nr. 1	5.42	5.36
„ Bengal F. G.	3.92	3.88
„ Bengal Superfine	4.12	4.08
„ Sind F. G.	3.92	3.88
„ Sind Superfine	4.12	4.08

New Orleans: Baumwolle

	13. 4.	12. 4.		13. 4.	12. 4.
loco	6.26	6.26	Dezember	6.77	6.79
Mai	6.21	6.21—22	Januar	6.85	6.87
Juli	6.38	6.38—39	März	7.03	7.03
Oktober	6.61	6.63	Tendenz: stetig		

New York: Baumwolle

	13. 4.	12. 4.		13. 4.	12. 4.
loco	6.25	6.25	Oktober	6.81—82	6.81
April	6.12	6.12	November	6.80	6.80
Mai	6.19	6.19	Dezember	6.76	6.77
Juni	6.27	6.27	Januar	6.86—87	6.86
Juli	6.37—38	6.37	Februar	6.93	6.93
August	6.45	6.45	März	7.00—7.01	7.02—03
September	6.53	6.53	Tendenz: stetig		

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	10000
Zufuhren in Pacific-Häfen	—
Zufuhren im Innern	9000
Export nach England	—
Export nach Frankreich	4000
Export nach dem übrigen Kontinent	9000
Export nach Japan und China	16000
Fracht n. Liverpool f. mark. gute. Ballen	45
Fracht für Standard	65

Der Geldmarkt zeigt weiter ein flüssiges Aussehen, der Tagesgeldsatz hat sich auf 5,25 Proz. erniedrigt. Privatdiskonten bleiben nach wie vor gesucht.

An den internationalen Devisenmärkten hat sich das englische Pfund gegen Mittag weiter eine Kleinigkeit abgeschwächt, es ging auf 3,78 gegen den Dollar und 95,93 gegen Paris zurück. Die Reichsmark notierte Mittags in London 15,93,5.

★

Verfahren bei Devisenzuteilung.

Berlin, 13. April.

Das Verfahren für die Zuteilung von Devisen ist durch Anweisungen der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums geändert worden. Die Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle soll in Zukunft grundsätzlich der Devisenfreigabe durch die Reichsbank vorausgehen. Die Freigabe von Devisen hat also ebenso wie die Abgabe von Devisen durch die Reichsbank jetzt zur Voraussetzung, daß die Devisenbewirtschaftsstelle die Verwendung von Devisen für einen bestimmten Zweck durch Einzelgenehmigung oder in der Form der allgemeinen Genehmigung bereits gestattet hat.

Märkte.

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt.

× **Dortmund**, 13. April. Auftrieb: Großvieh 494, Schweine 223, Kälber 43. Der Handel war mittel. Es kosteten: frischmelke Kühe: a) 350—400 ℳ, b) 290—350 ℳ, c) 220—290 ℳ; Rinder 180—300 ℳ Beste Tiere über Notiz. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Am Schweinemarkt war der Handel langsam. Es kosteten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 13—16 ℳ, 8—10 Wochen alt 16 bis 22 ℳ, 10—12 Wochen alt 22—37 ℳ. Der nächste Markt findet am 20. April statt.

Nutz- und Zuchtviehmarkt in Osnabrück.

◎ **Osnabrück**, 13. April. Auftrieb: Rinder 246, Ferkel 887. Es kosteten: tragende Kühe: a) 300—350, b) 260 bis 300, c) 220—260, d) 190—220, tragende Rinder: a) 260—300, b) 220—260, c) 190—220, d) 160—190; Ferkel: 6—8 Wochen alt 8—13 ℳ, 8—13 Wochen alt 13—17 ℳ; Läufer: 17—22 ℳ. Marktverlauf: Rinder sehr langsam; Schweine mittel. Nächster Markt am 20. April.

Metalle.

Berlin, 13. April. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 56,— ℳ für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 13. April 1932.

(Für Getreide je 1000 kg für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	13. 4.	12. 4.		13. 4.	12. 4.
Weizen märk. neue Ernte	200—62	200—62	Weizenmehl	31¼—39¼	31¼—39¼
März	—	—	Tendenz	lester	lester
Mai	272—72½	270½	Roggenmehl	26.4—27½	26.4—27¼
Juli	276½	275½	Tendenz	beh.	ruhig
September	280½	280½	Weizenkleie	11.50-11½	11.50 11¼
Tendenz	lester	ruhig	Tendenz	behauptet	stetig
Roggen märk. neue Ernte	198—200	198—200	Roggenkleie	10.4—10.7	10.4—10.7
März	—	—	Tendenz	still	still
Mai	195½	195—194½	Raps	—	—
Juli	197½	197—196½	Tendenz		
September	187½—¼	187	Leinsaat	—	—
Tendenz	befestigt	matter	Tendenz		
Gerste			Viktoriaerbs	19—24	19—23
Braugerste	199—95	195—94	kl. Speiseerbs	21—24	21—24
Futtergerste	176—80	175—80	Futtererbsen	15—17	15—17
Wintergerste	—	—	Peluschken	16.5—18.5	16.5—18.5
Tendenz	beh. unter	beh.	Ackerbohnen	15—17	15—17
Hafer märk.	184—189	184—189	Wicken	16—18.5	16—18.5
März	—	—	Lupinen blau	10.50—12	10.5—12
Mai	179½	178—176	gelbe	14—16	14—16
Juli	181½	180—181	Seradella alt	—	—
September	—	—	neu	31—35.5	31—35.5
Tendenz	ruhig	fester	Rapskuchen	—	—
Mais Waggon frei ab	—	—	Leinkuchen	11.1—11.3	11.1—11.3
Hamburg	—	—	Trockenschn.	8.80	8.8
Tendenz			Sojaschrot	12.3	12.30
			Torfmelasse	—	—
			Kartoffelflock	—	17—17.3

Geschäftliches.

Achtung! Achtung! Sanne und Ella, die klugen Hausfrauen, sprechen im Radio, aber sie halten keinen langweiligen Vortrag, sondern sie unterhalten sich über praktische Küchenerfahrungen. Auch Sie können zuhören und sich davon überzeugen, daß Sanella-Margarine auch die einfachsten Speisen kräftig und schmackhaft macht. Fortschritt im Haushalt, das heißt Sanelle verwenden.

Wo essen wir, im Sommersemester?

Einer sagt's dem andern, wie immer, beim Wirt „Zum alten Pulverturm"!
Breul 9 Münster. Tel. 26893 **Breul 9**
Da essen wir billig und gut!
Angenehmer Aufenthalt! Ping-Pong!
Schöner Garten!!!

Nächste Woche Beginn der 39. Preuß.-Südd. Staats-Lotterie

Zahlen beweisen! 800 000 Lose — 348 100 Gewinne = 43,5 Prozent

Höchstgewinn 1 Million

4 zu	500 000	RM.
16 zu bis	300 000 / 100 000	RM.
26 zu bis	75 000 / 50 000	RM.
254 zu bis	25 000 / 10 000	RM.

usw. Sa.: **114 Millionen**

je Klasse 1/8 Mk. 5,—; 1/4 Mk. 10,— usw.

Pieper
Staatl. Lotterie-Einnahme
Münster i. W. Spiekerhof 26

Auto-Fahrten

mit 3/4- u. 1 1/2-t-**Schnell-Lieferwagen** werden jederzeit zuverlässig und preiswert ausgeführt
Münster i. W.
Telephon 21464/26654



Ihren Lack blank macht, Blitzschnell, ohne Mühe, vor lauter Freude!
Eilfix-Herdputz in der Tube, überall erhältlich.

Das Volksnährmittel ist
SER-Zwieback
nach **Dr. med. Roth**
Er vermittelt
Kalk - Phosphor - Eisen
dem **Kinde**, der **Mutter**, dem **Kranken**, dem **Alter**. — Back- und Vertriebsstellen an allen Orten.

Reellste Bezugsquelle:
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen, dopp. gerein., Pfd. 2,50, allerbeste Qual. Pfd. 3.—, nur kl. Federn (Halbdaun.) 4,25, 3/4 Daunen 6.—, ger. ger. fl. Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allerf. 7.—, ts. Volldaun. 9.— u. 10.—. Für reelle, staubfr. Ware Garantie. Versand geg. Nachn. ab 5 Pfd portofr. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück **Willy Manteuffel**, Gänsemästerei, Neutrebbin 17c (Oderbr.). Aeltestes und größtes Bettfedernversandgeschäft des Oderbruches. Gegr. 1852.

Wer leiht
einem Theologen (ält. Sem.) **Geld** zu niedr. Zinssatze zum Weiterstudium? Offerten unt. J 300 an die Anzeigen-Verw. d. Zeno, Münster.

Geld Bardarlehn Hypotheken für Einzahlung in Zwecksparkassen. Vorkostenfrei durch:
C. Niederquell, Münster, Marienthalstr. 27. Rückporto erbet.

Die richtige Adresse
für Möbelkäufer heißt
Möbelmagazin vereinigter Tischlermeister
Münster i. W. Inh.: W. Niehues **Fauenstraße 31**
Überzeugen Sie sich durch eine zwanglose Besichtigung unserer großen Ausstellung von der Qualität und Preiswürdigkeit der Möbel.

Zeno- Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Ein sauberes i. Haushalt (2 Pers.) erfahr. einfaches
Mädchen
aus guter Familie gesucht. Off. unt. T 8445 an das Bocholt. Volksblatt in Bocholt erbet.

Suche zum baldigen Eintritt eine tüchtige
Lehrköchin
nicht unter 19 Jahren
Restaurant „Halle Münsterland", Münster i. Westf.

Für herrschaftl. Haushalt wird sauberes, ehrliches kath., in Küche u. Haushalt perfektes
Mädchen
zum 1. Mai gesucht. Meldungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter Z 512 an die Anzeigenverw. der Zeno, Münster.

Blinden-Organisation sucht für den Verkauf ihrer Erzeugn. (Bürsten, Besen u. einschlägl. Artikel) geeignete **Verkäufer.** Amtl. Ausweis wird gestellt. Wandergewerbeschein erforderl. Off. unt. SB 30 an die Münsterländ. Volkszeitung in Rheine.

In kath. landwirtsch. Haush. wird ein 14-17j. **Mädchen** für alle Arbeiten gesucht. Off. unter H 368 an die Anzeigen-Verw. d. Zeno, Münster.

Gute Stellung
verdankt mancher dem lägl. Studium des **„Zeno"**-Arbeitsmarktes.

Auch Sie
handeln klug, wenn Sie jeden Tag den Stellen- und Arbeitsmark d. **„Zeno"** verfolgen.

Gesuche

Suche zum 1. oder 15. Mai **Stelle als Haustochter** bei einzeln. Dame oder in einem kleinen Haushalt. Taschengeld erwünscht. Offerten unter EO 254 an die Geschäftsstelle des Neuen Emsboten, Warendorf i. W.



BILLIGE **Mittelmeerreisen**
MIT M.-S. »MONTE ROSA«
FAHRPREIS von RM. **200.-** an einschl. voller Verpflegung
PALÄSTINA UND ÄGYPTEN
2. Mai ab Venedig — 24. Mai in Genua
über Corfu, Rhodos, Beirut (Syrien), Haifa (Palästina), Port Said (Ägypten), Messina (Taormina), Neapel (Rom)
SÜDITALIEN · SÜDSPANIEN · MAROKKO
26. Mai ab Genua — 13. Juni in Hamburg
über Neapel (Rom), Palermo, Palma de Mallorca, Málaga (Granada), Ceuta (Tetuán), Cádiz (Sevilla), Lissabon

Billige Nordlandreisen mit M.-S. »Monte Rosa«
Juli bis August 1932. Fahrpreise von RM. 130.— an einschl. voller Verpflegung
KOSTENLOSE AUSKUNFT UND DRUCKSACHEN:
HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPFSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT
Vertretung Münster:
Reisebüro M. Lückertz, Drubbel 4



ablesen und einstellen!
SABA 41 W
Ein empfindlicher Dreikreis-Empfänger mit höchster Trennschärfe und vollkommenster Einknopfbedienung.
Der einzige deutsche Apparat mit den neuesten technischen Vollkommenheiten, wie automat. Lautstärkeregelung, Fadingausgleich, Tonregulator und Stördämpfer.
Bezugsquellen weist nach:
Schürmann & Brüggemann
Elektro- u. Radio-Großhandlung
Münster i. Westf., Ludgeristraße 5.

Gesiebte rote Asche
Gartenkies in allen Körnungen
liefert preiswert
J. Hausmann Ww., Essen-Borbeck.
Tel. Essen 300 47 Borbecker Straße 198

Kath. Ehen
für Damen und Herren verm. strena reell, diskret und mit Erfolg
E. Kalthoff, Essen,
Rüttenscheider Str. 184.
Telephon 41321

Qualitätsmöbel • Teppiche • Dekorationen
zu **radikal herabgesetzten Preisen,** teils unter Einkauf
nur im **Räumungs-Verkauf**
Heidmeier
Münster i. Westf., links vom Hauptbahnhof.

Prima Rheinpfälz. Weiß- und Rotwein
1930er mild, frei dort. Station, in Leihfäss. v. 35-40 Lit. an (Fäss franko zurück) pro Liter zu 60 Pfg. geg. Nachn. zügl. Nachbest. **Weingut Gebr. Ohrtmann Edesheim** (Rheinpfalz)

Kyffhäuser-Technikum, Frankenhausen
1. Ingenieur-Abt. für Flugtechn. u. Automobilb.

Erfinder Vorwärtsstrebende
10000 Mk. Belohnung!
Näheres kostenlos durch
F. Erdmann & Co. Berlin SW 11

Gelder für alle Zwecke schnell u. sicher, kurz- u. langfristig, an Beamte, Kaufleute und landw. Pächter kreditie. Anfragen mit Rückporto an

---

Lohnbrut
1000 Eier 70,— RM. Kleine Mengen auf Anfrage. Beste Ergebnisse!
Geflügelhof Walz. Darfeld i. W.

Alte gut eingeführte Firma sucht für den Verkauf von technischen Oelen, Fetten und Seifen
Vertreter
die Landkundschaft besuchen. Kundenverzeichnisse sind vorhanden. Bewerber wollen Ihre Offerten mit Lebenslauf und Angabe von Referenzen unt. H 367 an d. Anz.-Verm. der Zeno, Münster, send.

Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen
in allerfeinster Ausführung, bei billigsten Preisen.
Lieferung und Lagerung kostenlos.
Möbelfabrik Rincklake
Münster i. W: Rothenburg 14/16

Kotten
von 2 jungen Leuten v. Lande zu pachten gesucht. Gröss. von 8—15 Morgen. 3—4 Arbeitstage in der Woche auf dem Hofe werden mit übernommen. Angeb. unt. Z 110 an die Allgemeine Zeitung in Coesfeld erbeten.

Radio- und Musikhaus Fritz Riesenbeck
befindet sich
jetzt
Münster i. W., Windthorststr. 8.

Miet-Pianos
Fabr. **Knake** u. andere, stets vorrätig
O. Schräder,
früher Leiter der Firma **Knake.**
Münster, Aegidiistr. 65
Fernruf 25179.

Knake-Klavier
gebr., schwarz pol., mit Garantie bill. zu verk.
Hillsmann, Münster, Moltkestraße 1, am Ludgeriplatz.

Mietpiano
6 Mk. pr. M. Ratibauer 25
J. Bierwerth, Münster.

Heißmangel
Betriebe neueste Modelle, leichte Zahlungsweise, liefert ein
Lob. Asselburg Ing. Wesel a. Rh.

Nur noch 3 Tage

Nur noch
Donnerstag
Freitag
Samstag

Serien-Tage

Nur noch
3 Tage

die Aufsehen erregenden Leistungen

-.45 -.85 1.85 2.85 3.85

HERTZ
MÜNSTER i. W.